

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-Beilage „Neu Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Bezugnahme: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Volk-Beilage-Verlagsanstalt für 1893 unter Nr. 4708.

Vorwärts

Interaktions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Interate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verlags- und Druckerei-Verlagsgesellschaft
Zant 1, Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 10. Mai 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Parteigenossen Allerwärts!

Der bevorstehende Wahlkampf bringt Anforderungen an die Zentralkasse der Partei von einem Umfange, wie wir sie bei früheren Wahlkämpfen in diesem Maße nicht gekannt haben.

Um diesen Ansprüchen gerecht werden zu können, wird es notwendig, daß unsere Parteigenossen ihren oft bewährten Opfermuth aufs neue bekräftigen.

Parteigenossen! In zahlreichen Wahlkreisen des Reichs, wo unsere Partei Tausende von Anhängern zählt und wo wir mit großer Aussicht auf Erfolg in den Wahlkampf eintreten können, kann dieser nur geführt werden, wenn die Kosten dafür auf die Parteikasse übernommen werden. Viele andere Kreise bedürfen eines Zuschusses. Die schriftliche und mündliche Agitation verlangt große Summen.

Unserer Partei stehen keine offiziellen Pres- und Agitationsfonds zur Verfügung, wohl aber werden mit diesen, wo sie vorhanden sind, unsere Bestrebungen in der rücksichtslosesten und brutalsten Weise bekämpft.

Daneben werden die Bourgeoisparteien alles aufbieten, um unsere Partei zu unterdrücken, und wo dies nicht möglich, uns zurück zu drängen.

Sollen wir diesen Widerstand siegreich überwinden — und wir wollen und werden ihn überwinden — dann muß die ganze Partei mit voller Kraft in den Wahlkampf eintreten, muß jeder Parteigenosse neben seiner agitatorischen Thätigkeit auch ein geringes pekuniäres Opfer bringen.

Organisire man deshalb, wo dies nicht schon geschehen, sofort die Sammlungen für den Wahlfonds.

Sendungen für die Parteikasse sind zu richten an den Parteikassirer:

Albin Gerisch, Berlin SW., Rahbachstr. 9.

Die Anstellungen seitens des Parteivorstandes werden in der bisherigen Weise an der Spitze des „Vorwärts“ erfolgen. Parteigenossen, thut Eure Pflicht!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Berlin, den 9. Mai 1893.

Der Parteivorstand.

Für Berlin nimmt auch die Expedition des „Vorwärts“, Beuthstr. 3, Beiträge entgegen. Ueber diese Eingänge wird täglich im „Vorwärts“ quittirt werden.

Zur Auflösung der „Freisinnigen“ Partei

wird uns geschrieben:

Die freisinnigen Wadelstrümpfer werden also eine eigene Partei bilden, sie haben es bei den Wasserstiefeln nicht ausgehalten, und die Liebe zum Militarismus hat es

Feuilleton.

Abdruck verboten.

184

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepiak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Bald nach Watajko trat auch wirklich Sasepin ein. Zuerst schien er durch die ungewöhnlichen Umstände dieses Zusammentreffens etwas befangen. Aber bald fand er seine Lebendigkeit, die laute Sprache und die Gesten eines alten Soldaten wieder. In Andrej's Erscheinung und Sprache lag nichts, das zu besonderer Zurückhaltung oder Feierlichkeit Anlaß gegeben hätte; er sah nur etwas nachdenklicher und zerstreuter aus als früher.

Sie erinnerten sich ihres Zusammentreffens an der Grenze — sprachen von Annie Walitsch, von David, sogar von Ostrogorsky.

Sasepin war vor drei Monaten über die sibirische Grenze nach seinem Vaterlande zurückgekehrt. Da er den größten Theil dieser Zeit in Odesa zugebracht hatte, fragte ihn Andrej nach den Revolutionären jener Stadt — nach Lewschin, Klein und den andern.

Was ging ihn jetzt das alles an? — Innerlich wunderte er sich über seine Neugierde. Er empfand aber ein eigenes Vergnügen daran, diese nutzlosen Dinge zu erfragen, wie man Steine in einen tiefen Brunnen wirft, der das Geräusch ihres Falles nicht wiedergibt.

ihnen angethan. Das ist die neueste Erscheinung des bürgerlichen Kräfteverfalls — selbst die äußerste Linke der bürgerlichen Parteien neigt nach rechts, ein Theil ihrer Mannen schwenkt ab und sucht als „Mittelpartei“ eine Scheinexistenz, mit der es gehen wird wie mit derjenigen der National-liberalen, die zerquetscht und zerrieben ist zwischen den ehrlichen Extremen der echten Reaktion und der echten Volkspartei, der Sozialdemokratie. Als „entschieden“ Freisinnige bleiben die Wasserstiefel um Richter übrig — wie lange auch sie? Vorläufig hält die Persönlichkeit des Führers das Häuflein noch zusammen. Richter ist der Einzige, der das formale Freiheitsideal der Bourgeoisie noch offen vertritt mit allen Konsequenzen und Inkonsequenzen, der die Inkonssequenzen desselben noch verdedt mit einem gewissen Instinkt für die Formen des Parlamentarismus und der konstitutionellen Regierung. Da ihm das Verständnis für die Hauptfragen der Gegenwart, für die sozialen, vollständig fehlt, sind auch seine Stunden als Politiker gezählt, und mit seinem Abgang wird das Häuflein freisinniger Wasserstiefel dorthin zerrieben, wo es hin gehört: die Praktiker nach rechts zur Reaktion, die Ideologen nach links zur Sozialdemokratie. Der „Freisinn“ hat dann ausgelebt, weil er keine Wurzeln in der Wirklichkeit besitzt und nur der Bodensatz einer längst überwundenen Entwicklungsperiode war.

Und wenn die freisinnigen „Sezessionisten“ schon jetzt sicher dem politischen Tode geweiht sind, so sorgen die Wasserstiefel um Richter ebenfalls redlich dafür, dem Volke klar zu machen, daß ihr Verständnis für große Volksbewegungen gerade dort aufhört, wo der Kern desselben beginnt. Man traute seinen Augen kaum, als man dieser Tage folgende Zeilen las, die Eugen Richter aus der „Berliner Morgenzeitung“ in seine „Freisinnige Zeitung“ übernommen hatte:

„Das Angebot der freisinnigen Partei, den in Wegfall kommenden dritten Jahrgang der Mannschaften durch Mehr-aushebung von Rekruten zu ersetzen, enthält bereits ein sehr großes Opfer. Man vergleiche nur einmal das, was die freisinnigen der Regierung anbieten, mit dem von Herrn v. Caprivi so gepriesenen Angebot des Herr v. Huene.

Angebot Huene:	Freisinniges Angebot:
17 500 Mann Erfahrungser-	17 500 Mann werden nach
visten (bisher mit 6-monat-	wie vor als Erfahrungser-
licher Dienstzeit) werden in	ausgebildet;
Zweijährigdienende umgewan-	
delt;	
36 000 Rekruten werden	25 000 Rekruten werden jähr-
jährlich mehr ausgehoben.	lich mehr ausgehoben.

Und darum Räuber und Mörder! Wir machen Deutschland mehrlos, und Herr v. Huene mit seinen 11 000 Rekruten mehr ist der Ketter des Vaterlandes. Wenn das Volk sich einreden ließe, daß Deutschlands Kriegstüchtigkeit an diesen 11 000 Rekruten hängt — nun, dann wäre eben der Beweis geliefert, daß man hier zu Lande seit dem Jahre 1887 nichts gelernt hat. Aber wir hoffen auf das Gegentheil.“

So spiegelt sich im Kopfe selbst der „entschiedenen“ Freisinnigen der Kampf um die Militärvorlage? Um die

Sie sprachen über Verschiedenes, ohne die Sache, die sie einige Minuten später wegrufen sollte, zu erwähnen oder auch nur zu berühren. Daß etwas Außergewöhnliches bevorstand, zeigte sich nur aus den Pausen und dem plötzlichen Innehalten des Gesprächs. Beim Thee, der vor ihrem Weggehen aufgetragen wurde, erzählte Sasepin Watajko, daß ihn der Portier unten wegen seiner militärischen Erscheinung und des beschleunigten Tones seiner Stimme irrtümlicher Weise für einen Unterpolizei-Juzepkor gehalten habe. Beide lachten. Andrej lächelte nur schwach über die Geschichte.

Er trank seinen Thee und aß, obgleich er wenig Appetit verspürte, sein Brot „aus Prinzip“, denn er wußte, wie eng Körper und Geist zu einander in Beziehung stehen. Als Erwiderung auf Sasepin's Geschichte begann Watajko diesem etwas Aehnliches zu erzählen, das ihm einst begegnet sei.

„Es ist Zeit!“ unterbrach sie Andrej in der Mitte eines Satzes, indem er auf die Uhr blickte. Sofort brachen sie ab und erhoben sich sehr ernst.

Der Abschied war kurz und einfach, keiner wollte Zeit oder Worte verlieren. Die beiden unarmten Andrej nach russischer Sitte.

„Leb' wohl, Bruder!“ sagte Sasepin, ihn zum ersten und letzten Male mit dem vertraulichen Du anredend.

Watajko geleitete seine Freunde zur Hintertreppe, von wo aus sie ungeschen hinausgehen konnten. Andrej blieb zurück und wartete noch zwanzig Minuten. Er mußte zuletzt am Schauplatz erscheinen, um soviel als möglich die Gefahr zu vermeiden, bevor er etwas gethan hatte, entdedt und schimpflich verhaftet zu werden. Wieder allein, fühlte sich Andrej viel leichter als unter den Augen der beiden

Auffindung der Zahl hat es sich danach gedreht, auf welcher man sich in einem Kompromiß mit der Regierung einigen konnte? Das schreiben die Helden, die so oft über die „Zahlenwuth“ der Offiziere gespottet haben? Von einem „Angebot“, das sie der Regierung als Zugeständniß zu machen bereit waren, sprechen diese „Volksfreunde“ noch heute, wo es sich um ganz anderes dreht, als um eine Verständigung über Heeresstärke und Präsenziffer? Sie sind einfach mit Blindheit geschlagen.

Nicht um „11 000 Rekruten mehr oder weniger“ handelt es sich, nicht um eine Differenz zwischen Volk und Regierung, die sich überhaupt in Zahlen ausdrücken läßt, sondern um den allgemeinen Kampf gegen den Militarismus in jeder Form, in jeder Stärke, auch in der bisherigen. Die neueste Militärvorlage hat das übervolle Gefäß endlich zum Auslaufen gebracht. Ihre Ablehnung wurde dem Volke diktiert durch den unüberwindlichen Widerwillen gegen ein militärisches System, das alles Kulturleben zu übermühen und zu ertöden droht. Für eine Volkswehr nach unserem Sinne wäre vielleicht auch jetzt noch, jedenfalls in notwendigen Augenblicke, eine Verdoppelung der Formationen zu erhalten — für das preussisch-deutsche Militärsystem giebt das Volk keinen Mann und keinen Groschen mehr. Die kulturwidrigen Aeusserungen dieses Systems sind zu häufig geworden; sie beginnen jedem, der außerhalb des Systems steht, das Dasein zu vergiften. Die Soldatenmißhandlungen haben selbst dem Spießbürger klar gemacht, wie es in der Kaserne dieses Systems aussieht. Das Erwerbsleben leidet unter den einseitig verbildeten Existenzen, die aus dem geisttödtenden Drill dieses Systems kommen und als Fabrikdirektoren, Aufseher und Schreiber nicht selten die Arbeiter bis aufs Blut quälen helfen. In der unteren Verwaltung herrscht mit souveränem Selbstbewußtsein der militärisch gedrückte Schumann und Gendarm, in der oberen der Reserve-Offizier als Landrath und Polizeipräsident. Die Justiz, der Richterstand fällt sich mit „schneidigen“ Herren, die im Offizierskasino die nöthige Seringschätzung für den arbeitenden Bürger sich angeeignet haben. In der Schulverwaltung beginnen die Inspektoren ihre amtlichen Klase als Reserveleutnants zu zeichnen, und der servile Lehrer macht es ihnen nach, indem er seine Feldwebelwürde neben seinen Namen setzt. Im gesellschaftlichen Leben der oberen Zehntausend herrscht bereits der schwarrende, hochmüthige Ton der Soldateska, und wo in der Oeffentlichkeit eine Berührung der herrschenden und der arbeitenden Klassen stattfindet, da regt sich der Kontrast und der Widerwille gegen den Militarismus, der alles zu erlöden droht, mächtig und instinktiv, wenn auch noch nicht an der Oberfläche, so doch im Innern der Volksmassen bis weit in den Mittelstand hinaus.

Diesem Widerstand, der die Arbeit und die Kultur gegen ein System vertritt, welches die äußere Korrektheit und den äußeren Glanz bis zur widerlichen, geisttödtenden

Gefährten. Er brauchte nicht besorgt zu sein, daß noch jemand käme. Aber noch weniger als vorher gelang es ihm, seinen Geist auf irgend etwas zu konzentriren. Abgerissene Gedanken und geschwächte Erinnerungen schwirrten ihm mit fieberhafter Schnelligkeit durch den Kopf, so daß ihm die Fähigkeit, die Zeit zu berechnen, gänzlich verloren ging. Alle zwei Minuten zog er die Uhr zu Rathe, welche überzeugt, daß die Zeit, die er zu warten hatte, bereits verstrichen sei, und wunderte sich außerordentlich, wenn in Wirklichkeit erst wenige Augenblicke vorüber waren. Hätte er nicht die Bewegung des Sekundenzigers wahrgenommen, so hätte er geglaubt, seine Uhr sei stehen geblieben.

Der Minutenzeiger hatte endlich den rechten Punkt erreicht, er setzte seinen Hut auf und trat auf die Straße, um seinen letzten Gang durch die Stadt zu machen; noch einmal würde er sie bei einer feierlichen Gelegenheit zu durchkreuzen haben. Das würde aber zu Wagen und nicht zu Fuß sein.

Er bog schnell um die Ecke der Zekatharinenstraße, darin das Hauptquartier lag, um so schnell wie möglich seine Beziehungen mit dem Hause, in dem er gelebt hatte, abzubrechen. Dann ging er allmählig zu seinem gewöhnlichen Schritte über und beobachtete den breiten Himmelsstreifen, der sich über seinem Kopfe die ganze Straße entlang erstreckte.

Die friedliche, ewige Sonne schritt glänzend dem Zenith entgegen und ergoß Fluthen milder Strahlen über die geschäftige Stadt, die fruchtbare Erde und die thörichten streitsüchtigen Menschen. Standhaft und maßlos blickte sie gleich einem Liebenden vor Verwunderung mit weit geöffnetem Auge auf ihre Lieblingskinder herab, die von der

Schablone ausgebildet hat, diesem Widerstand des Volkes gegen den polypenhaft um sich greifenden Militarismus verdankt die Bewegung gegen die Militärvorlage ihre Kraft und ihren wahrcheinlichen Sieg. Die Sozialdemokratie hat diese Kraft erkannt, sie gepflegt und findet in ihr ihre Stärke. Der Freisinn, selbst seine Wasserstiefel, hat nur geringes Verständnis für diese elementare Macht einer Volksbewegung, die unseren politischen Kämpfen zusammen mit dem Klassengegensatz den Stempel ausdrückt, und deshalb ist seine jetzige Spaltung nur der Anfang vom Ende. Der bürgerliche Freisinn versagt wieder einmal im entscheidendsten Augenblick, und die Arbeiter treten als Bannerträger der Kultur an seine Stelle.

Die Wahlbewegung.

Die „Anti-„Patrioten“. Der Kaiser hat, wie wir vorausgesetzt, in die Wahlbewegung eingegriffen. An hervorragender Stelle berichtet die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, daß der Kaiser nach dem geistigen Vorbereitungs der Bataillone auf dem Tempelhofer Felde die Generale und Stabsoffiziere zu sich berief und folgende Rede hielt:

„Seitdem wir uns nicht gesehen, sind eigene Wandlungen mit der Militärvorlage vor sich gegangen. Ich habe nicht deren Ablehnung erwarten können und hoffe von dem patriotischen Sinne des Reichstages eine unbedingte Annahme. Ich habe mich darin leider getäuscht. Eine Minorität patriotisch gesinnter Männer hat gegen die Majorität nichts zu erreichen vermocht, dabei sind leidenschaftliche Worte gefallen, welche unter gebildeten Männern ungerne gehört werden. Ich mußte zur Aufklärung schreiten und hoffe von einem neuen Reichstage die Zustimmung zur Militärvorlage. Sollte aber auch diese Hoffnung täuschen, so bin ich gewillt, Alles, was ich vermag, an die Erreichung derselben zu setzen, denn ich bin zu sehr von der Nothwendigkeit der Militärvorlage um den allgemeinen Frieden erhalten zu können, überzeugt. Man hat von Aufregung der Massen gesprochen; ich glaube nicht, daß sich das deutsche Volk von Unberufenen erregen lassen wird. Im Gegentheil, ich weiß mich eins in dieser Militärvorlage mit den Bundesfürsten, mit dem Volk und mit der Armee. Ich danke, meine Herren, ich habe mich Ihnen gegenüber nur aussprechen wollen, wie ich es beim Entstehen der Vorlage gethan.“

Wie alle Reden dieser Art — und der Herrscher hat trotz ferner verhältnismäßig kurzen Regierungszeit eine nicht unerhebliche Anzahl politischer Reden gehalten — ist auch diese jüngste nur als Ausdruck der privaten Ansicht des Kaisers zu betrachten. So lange kein Minister den Speech contrasignirt, haben wir es nicht mit einem Akte der Regierung, sondern mit der subjektiven Meinung des Mannes zu thun, der allerdings zugleich Präsident des Bundes und König von Preußen ist. Es versteht sich am Rande, daß der temperamentvolle Monarch, dessen lebhaftes Naturell sich nicht an die bürokratisch-verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit bindet, sondern ohne Mittler zu einem größeren Publikum spricht, die Militärvorlage für eine Nothwendigkeit hält.

Wenn er aber eine scharfe und unseres Erachtens nicht begründete Kritik an den letzten Entschlüssen und Beschlüssen des soeben aufgelösten Reichstages übt, so gerieht es sich für die unabhängige Presse, diese Kritik mit aller Entschiedenheit als nicht gerechtfertigt zu erweisen und deshalb zurückzuweisen.

Wilhelm II. konstruirt einen Gegensatz zwischen der Minderheit des Reichstages, die er als „patriotisch“ bezeichnet, und der Mehrheit, welche demnach als „unpatriotisch“ oder „unbismarckisch“ zu sprechen als „reichsfeindlich“ zu gelten hätte. Nun beweist schon die Geschichte des Wortes: „Patriot“, „Patriotismus“ u. s. w., daß mit dieser Bezeichnung arger Mißbrauch getrieben worden ist, da nicht zu selten die Herrschenden jede Opposition, die sich gegen ihre Machtstellung richtete, „unpatriotisch“ zu nennen liebten. Wer handelt „patriotisch“, in welche die große Masse durch die härtesten und ungerechtesten Steuern und Zölle belastet, ihr die schwersten Auflagen zu Gunsten des Heerwesens aufzulegen und eine immer drückendere Blutsteuer von dem Volke verlangen, oder die, welche das Volk vor solchen neuen Lasten zu schützen und die alten Lasten ihm zu erleichtern suchen?

Doch wir leben in der Zeit des allgemeinen Wahlrechts, der Kaiser hat an das allgemeine Wahlrecht appellirt, um seiner Ansicht zum Siege zu verhelfen, das allgemeine Wahlrecht wird ihm die deutliche Antwort erteilen.

Hinter der Mehrheit der Abgeordneten, die nur den Wunsch und Willen ihrer Wähler erfüllen, steht die Mehrheit der Nation. Die Nation hat durch ihre Vertreter gegen den unerfülllichen Moloch des Militarismus votirt.

Wärme, der Freude und dem Leben, welches sie ihnen spendete, keinen besseren Gebrauch zu machen verstanden.

Dünne, weiße Wolken schwammen am azurblauen Himmel dahin. Die Luft war sehr durchsichtig und ruhig. Es war einer der wenigen schönen Frühlingstage, mit denen die Natur die nordische Hauptstadt so spärlich bedachte und die deshalb von den Einwohnern umsomehr geschätzt wurden. Auch Andrej empfand bei Betrachtung des schönen, heiteren Himmels große Befriedigung; er gab ihm die Zuversicht, daß der Bar nicht, wie es manchmal geschah, den Spaziergang wegen schlechten Wetters aufschieben würde.

Dies war von der größten Wichtigkeit. Vor einigen Tagen waren die Verschmörungen durch Ankündigung eines sehr verdrießlichen Wechsels in den Reisedispositionen des Hofes überrascht worden. Der Bar trat seine Sommerreise vor der gewöhnlichen Zeit an und konnte in ein oder zwei Tagen die Stadt verlassen. Unter solchen Umständen war ein Tag wie der heutige ein unerwarteter Glücksfall.

Die Entfernung bis zum Schloßplatz, wo das Attentat vor sich gehen sollte, war beträchtlich. Andrej wollte aber den Weg zu Fuß zurücklegen: wenn er ging, war er weit unabhängiger und konnte seinen Schritt leicht so regeln, daß er den Ort zur rechten Zeit erreichte, keine Minute zu früh und zu spät. Ueberdies würde es weniger auffallen, wenn er sich dem Spazierorte des Bar, der von Spionen wimmelte, als Fußgänger näherte.

In ruhiger, gelassener Gemüthsstimmung ging Andrej die Lasansklajastrasse, den Himmelfahrtsplatz und einen Theil der Lauridastrasse entlang, theils mit, theils gegen den Menschenstrom; auf der Rehaut seines Auges spiegeln sich junge und alte, fröhliche und ernste Gesichter, dann Pferde, Wagen, Läden, Polizisten — die vergessen waren, sobald er an ihnen vorüber war; denn er achtete nur darauf, seinen regelmäßigen Schritt beizubehalten. Dann erreichte er die Ecke des Lauridagartens, wo eine zufällige Kreuzung mit zwei vollständig Fremden ihn aus dem geistigen Gleichgewicht und seiner Gemüthsruhe, die er seiner Störung mehr ausgeht glaubte, in Verwirrung und Aufruhr brachte. (Fortsetzung folgt.)

Am 15. Juni wird die Wahlparole: Für oder wider den Militarismus entscheiden. Und sie wird den Stab über den Militarismus brechen. Dann ist nicht bloß die Mehrheit des Reichstages, sondern auch die Mehrheit des Volkes nach der laienlichen Schlussfolgerung „unpatriotisch“.

Wenn die Geusen ihren Namen mit Stolz tragen, die Erwählten des Volkes, die gegen den Moloch kämpfen, und die Volksmassen selbst werden vor der Geschichte, der unsterblichen Richterin, nicht unehrlich bestehen als die „Anti-„Patrioten“.

Der Kaiser hat Recht. Nicht von Unberufenen wird sich das deutsche Volk erregen lassen. Demen, die sein Bestes wollen, die für die Besserung seiner Lage, für seine Emanzipation vom sozialen und politischen Druck sehten, wird es Gehör, willig Gehör schenken. Und des Volkes Wille ist das oberste Gesetz.

Sollte der neue Reichstag, so erklärt Wilhelm II., die Vorlage gleichfalls verwerfen, so werde er alles, was er vermöge, an die Erreichung seines Zieles setzen. Dunkel und deutungsreich sind diese Worte, und da wir keine Zeichen deuten, wollen wir geruhig der Zukunft harren. Geruhig und gerüstet. Denn über dem Herrscher steht die Verfassung. Wenn aber Unberufene im Gefühl ihrer Unverantwortlichkeit schon das Wort Staatsstreik in ihrer Munde führen, so legen wir dem keine Bedeutung bei. Ein Staatsstreik löst auch das Band, das die Bürger an die gebrochene Verfassung knüpft.

Doch wozu diese staatsrechtlichen Darlegungen? Der Kaiser spricht ja, das weiß das Volk, als Privatperson.

Run haben die Wähler ihren Willen zu bekunden.

Die Abstimmung über die Militärvorlage am 6. Mai war eine namentliche; es lag ihr der § 1 des an die Stelle der Regierungsvorlage getretenen Antrages Huene zu Grunde. Der Reichstag zählte nach der Kassirung der Wahl des Abg. v. Neben 333 Mitglieder; davon fehlten 20, eines enthielt sich der Abstimmung. Im Interesse der Wahlagitation liegt es, die Ja- und Nein-Frage zu kennen.

Mit Ja stimmten die Abgeordneten: Adernann; Graf Adeltmann, Adt, Adwardt, Prinz v. Arenberg, Graf v. Arnim, Graf v. Ballestrin, Baumbach (Münster), Graf v. Bebr, v. Benda, Dr. v. Bennigsen, Bod (Minden), Dr. Böttcher, Bohy, v. Bredow, Brömel, Brünings, Brund, Dr. Bärklin, Büding, Dr. Buhl, Graf v. Carmer, Prinz zu Carolath, Dr. Casselmann, Cegielski, Graf v. Chamars, Dr. Clemm (Eudwigshafen), v. Colmar, Dr. v. Cunn, Fürst Czartoryski, Prinz Czartoryski, Dobilet, Graf v. Dönhoff, Graf zu Dohna, v. Domirski, Graf Douglas, Dr. Endemann, v. Flügge, Dr. v. Frege, Freiherr v. Friesen, Gamp, Gehlert, v. Gerlach, Dr. Giese, v. Glisegonski, Geh. Grumbt, Frhr. v. Güttingen, Günther, Baron v. Gutsch, Hahn, Dr. Hamacher, Frhr. v. Hammerstein, Dr. Prinz Handberg, Dr. Hartmann (Blauen), Hastedt, Fürst v. Hagfeldt, v. Hellborn, v. Hellmann, Hempel, v. Henk, Hing, Dr. Höffel, Hoffmann (Rengerdorf), Erdprinz zu Hohenlohe, v. Holleufer, Graf v. Holstein, Holz, Holzmann, Freiherr v. Hornstein, Hofang, von Hülli, Frhr. v. Huene, Hulsch, beide v. Jagow, Dr. v. Jagdewitz, Jellen, v. Kalkstein, Graf v. Kanitz, v. Karodorf, Keller, v. Keubell, Graf v. Kleist, Klemm (Sachsen), Dr. v. Komarowski, v. Koscielski, Krämer, Dr. Kropatschke, Graf Krowietz, Leuder, Leuschner, v. Lesehow, Liebermann v. Sonnenberg, Lucius, Rauger, Frhr. v. Matzahn, Frhr. v. Manteuffel, Dr. v. Marquardsen, v. Massow, Dr. Graf v. Matuschka, Dr. Mehnert, Meizer, Merbach, Dr. Meyer, Graf v. Mirbach, v. Moszczeni, Müllersleben, Neis, v. Normann, Oedelhäuser, Dr. Oann, v. d. Osten, Pähler, Frhr. v. Pjetten, Pickenbach, Dr. Pieschel, v. Polzgnski, Pol, Dr. Porich, Graf v. Pöhl, Fürst Radziwill, Frhr. v. Reichenstein, Rimpau, Rösche, v. Rogge, Dr. v. Rypkowski, Graf v. Salbern, Sander, Frhr. Sauma, v. d. Jeltich, Dr. Schier, Frhr. v. Schleinitz, Schlick, beide Grafen v. Schlieffen, Saneider (Hamm), v. Schöning, Schröder, v. d. Schulenburg, v. Vecken-dorf, Scipio, Siegle, Dr. Siemens, v. Slaski, v. Sperber, von Stauba, Stemann, von Steintuch, Stephanus, Stöder, Graf v. Stolberg, Freiherr von Stumm, Thomann, Tröltzsch, Ulden, Freiherr von Unruhe-Domst, Weiß (Splingen), Wichmann, von Winterfeldt, Wisler, von Wolzlegier, von Wrisberg, Freiherr Jörn von Sulach.

Mit Nein stimmten die Abgeordneten: Adichler, Dr. Althaus, von Arnswald-Böhme, Baron von Arnswald-Harden-bösel, Auer, Dr. Bachem, Dr. Bamberger, Dr. von Bar, Dr. Barth, Bedel, Beckmann, Bender, Berling, Biel, Bir, Bloß, Dr. Bod (Wachen), Bod (Magdeburg), Dr. Bödel, Braun, Dr. Brädel, Brühns, Budeberg, Freiherr von Buol, Burlein, Dau, Graf von der Decken, von der Decken, Dieden, Diez, Dillinger, Dr. Dohrn, Dressbach, Graf Droste zu Vischering, Evers, Förster, Freiherr zu Frandenstein, beide Frizen, Frohne, Hund, Husangel, Freiherr von Wagera, Graf von Galen, Geier, Goldschmidt, Graf von Grand-Ro, Greib, Grillenberg, Gröber, Querber, Dr. Gusselich, Haanen, Haberland, Hade, Hähne, Dr. Hänel, Harm, Dr. Harmening, Hartmann (Württemberg), Haus, Hausmann, Dr. Freiherr von Heeremann, Heine, beide Hermès, Hesse, Hidel, Dr. Hirsch, Hise, Graf von Hoensbroech, Hofmann (Chemnitz), Graf Hompesch, Horn, Dr. Horwitz, Hug, Jesche, Joest, Johannsen, Jordan, Jungfer, Kaufmann, v. Kehler, Kercher, Kerling, Kofe, Kordke, Koa, Kochann, Dr. Krause, Krebs, Krich, Kunert, Landes, Lang, Langefeld, Dr. Langenhan, Land, Lehemeyer, Lehner, Leonhard, Berger, Petocha, Dr. Lieber, Liebnecht, Dr. Lingsen, Graf von Lot, Lorenzen, Lüders, Warbe, Mayer (Vandobut), Meißner, Menken, Messner, Wegner, Men, Freiherr von Minigerode, Mollenbuh, Mooren, Dr. Müller, Münch, Freiherr von Münch, Mündel, Neckermann, Neumann, Gbß von Olenhusen, Dr. Pachnicke, Panse, Payer, Poyold, beide Pfäfer, beide Grafen von Pregelung, Raethel, Karlowski, Raucheneder, v. Reibnig, beide Reichert, Reindl, Rembold, Winter, Ricker, Dr. Rintelen, Rih, Dr. Rudolphi, Samhammer, Dr. Schäbler, Schättgen, Freiherr von Schele, Schend, Schirpel, Schmidt (Überfeld), Schmidt (Frankfurt), Schmidt (Sachsen), Schieder, Schnaidt, Dr. Schneider (Nordhausen), Graf von Schönborn-Wiesentheid, Schrader, Schütte, Graf v. d. Schulenburg, Hehlen, Schuler, Schulze, Schumacher, Schwarz, Dr. Seelig, Seifert, Dr. Simonis, Singer, Spahn, Speiser, Sperlich, Staudagen, Dr. Stephan, Stögel, Stolle, v. Strombeck, Symula, Dr. Thomas Zimmermann, Träger, Zukauer, Uhlen-dorf, Ulrich, Dr. Virchow, v. Vollmar, Vollrath, Wagner, Graf v. Waldendorf, Freiherr v. Wangenheim, Wattendorf, Weber, Weiß (Passau), Weenders, Freiherr v. Wendt, Wenzel, Werner, Wilbrandt, Wildegger, Wilsch, Winterer, Wilsperger, Wödmmer, Wurm, Zangemeister, Zimmermann, Jütz.

Der Abstimmung hat sich enthalten der Abg. Ruhland (Graf).

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Baumbach (Berlin, dt.), Fürst v. Bismarck, Brandenburg (Zentrum), Freiherr v. Dalwigk (Zentrum), Dells (Graf), Freiherr v. Dietrich (Graf), Dr. v. Dziembowski (Volk), Ebertz (dt.), Fischer (dt.), Fürst (Volkspartei), Luz (dt.), Mangés (Graf), Dr. North (aus Elsaß, dt.), Dr. Petri (dt.), Dr. Ruge (dt.), v. Schalkaa (Zentr.), Dr. Freiherr v. Stauffenberg (dt.), Stephan (dt.), Dr. Witte (dt.). Geschlossen stimmten die Sozialdemokraten, die vollzählig waren, und die Volkspartei, von der, wie die „Frankfurter Zeitung“ mittheilt, nur der an den Folgen einer Amputation des Beines darniederliegende greise Härtle (Heilbronn) fehlte, gegen den Antrag Huene, Konservative, Freikonservative und Nationalliberale dafür; die übrigen Parteien und Gruppen waren bei der Abstimmung gespalten.

Der Wahlausruf der Wadelstrümpfe geht uns soeben zu. Er ist unterzeichnet von Ludwig Bamberger, Theodor Barth, Karl Schrader. Die „Freisinnige Vereinigung“ erklärt u. a.:

„Jetzt liegt es in der Hand der Wähler, solche Vertreter in das Parlament zu senden, welche unter freier Prüfung über das militärisch und politisch durchaus Nothwendige an dem Standpunkt festhalten, daß das Volk nicht nur die Lasten und Kosten des Heeresdienstes zu tragen hat, sondern berufen ist, auch über deren Höhe ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Wir sind der Ansicht, daß bei Uebernahme neuer großer Militärlasten die dauernde gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit eine gerechte und dem Volke nicht zu verweigende Forderung ist. Für das Maß der Heeresvermehrung muß ferner entscheidend ins Gewicht fallen, wie die Kostenbedeckung erfolgen soll. Wir lehnen es ab, die Kosten auf die Schultern der ärmeren Klassen zu legen, die seit 1879 immer in erster Linie nicht nur zur Deckung von Reichsausgaben, sondern auch zur Unterstützung privilegierter Produzenten in der Form von Schutzzöllen, Ausfuhrprämien und Liebesgaben herangezogen sind. Die Abstimmung einzelner Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei über die Militärvorlage hat zu einer Lösung des Fraktionsverbandes geführt. Wir sind zu dieser Trennung gedrängt worden, weil wir nicht gewillt waren, uns von langjährigen treuen Mitkämpfern zu scheiden, deren Uebereinstimmung mit ihren Kollegen in allen übrigen politischen Fragen keinem Zweifel unterliegt. Diese Meinungsverschiedenheit über das Maß der politischen Duldsamkeit, das innerhalb eines Fraktionsverbandes herrschen soll, hindert aber nicht, daß beide getrennte Theile nach wie vor auf dem unveränderten freisinnigen Parteiprogramm verharren, in welchem eine breite Unterlage für ein politisches Zusammenwirken gegeben ist. Nachdem sich die Trennung einmal vollzogen hat, wird es sich darum handeln, die gemeinsame freisinnige Sache vor weiterer Schädigung zu bewahren. Wir richten deshalb an alle Parteifreunde die dringende Aufforderung, im Wahlkampf nicht zu verfehlen, daß uns gemeinsame freisinnige Grundzüge verbinden.“

Die kompromißbereiten Wadelstrümpfe, die der Mehrbelastung der Massen zustimmen und auf ein Schachergeschäft um die zweijährige Dienstzeit sich einlassen, mag die Gut- und Mutter auch ins Ungemessene wachsen, bitten um „andächtige Strafe“. Sie wollen neben den Richter'schen marschieren. Ihr kapitalistisches Freihandels-Herz schütten sie wie folgt aus:

„Wir verstehen eine Handels- und Wirtschaftspolitik, die den täglichen Lebensunterhalt der großen Massen vor Vertheuerung schützen will. Wir wollen unser gesamtes wirtschaftliches Leben vor schweren Erschütterungen bewahren, indem wir dem verderblichen Streben nach Einführung der Doppelwährung entgegenreten. Wir wollen durch eine Fortführung der Politik der Handelsverträge unsere friedlichen Beziehungen zum Auslande befestigen und dem gesamtem wirtschaftlichen Leben durch Erschließung neuer Märkte einen neuen Aufschwung geben. Wir wollen dem neidischen und kleinlichen Geist politischer Bevormundung entgegenreten, der mit unberechtigtem Mißtrauen dem Handel und Wandel ohne Heßlein anzulegen sucht.“

Für das allgemeine Wahlrecht sind die Herren auch bereit, einzutreten. Und den Klingelbeutel schwingen sie mit lärmendem Eifer. Ihr Schatzmeister ist der Landtagsabgeordnete Goldschmidt. Auch ein Zentralsbureau in Berlin W. haben sie sich eingerichtet. Barth, Ricker, Schrader bilden den engeren geschäftsführenden Ausschuß. Die Wähler werden auf diesen Aufruf richtig reagieren.

Einem Wahl-Kartell aller Parteien, die für die Militärvorlage eintreten, redet das Pindlerblatt eifrig das Wort. Wird nicht viel nützen.

Baumbach bleibt bei den Richter'schen, so verflündet die „Freisinnige Zeitung“. Die Presse und die Wähler des Deutschfreisinnigen schlagen sich in ihrer Mehrheit zur „Freisinnigen Volkspartei“, soweit die Wähler nicht am 15. Juni nach links, zur Sozialdemokratie abschwanden.

Die Stellung des Zentrums. Die „Germania“ schreibt in einer Betrachtung über den letzten Akt des Kompromißstückes:

Die Bedeutung der letzten Vorgänge und die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen ist für das Zentrum: streng sachliche Haltung ohne Opportunismus und Diplomatismen! Wird das Zentrum diese Haltung auf die Dauer beobachten können? Wir antworten: Nein!

Der Zentrumskomödie 1. Akt. Unter dieser Epithete schreibt Dr. Sigl im „Bayerischen Vaterland“:

Der Zentrumskomödie 1. Akt ist zu Ende: der Reichstag wurde am Sonnabend Nachmittag 8 Uhr aufgelöst, das Zentrum ist nicht umgefallen, denn sonst gäbe es ja keine drei Akte der Komödie und wäre dieselbe jezt schon aus. Im 1. Akt ist das Zentrum „tapfer“, — wie immer, im 2. kommen die Verwickelungen und Intrigen, im 3. fällt es um, — wie immer! ... Die Komödie und Spiegelschere des Zentrums ist durchsichtig. Für das Zentr. um handelte es sich, wie Dr. Lieber f. Z. in Wachenburg selbst erklärte, nicht um die Militärvorlage, sondern um die Schaltung des Zentrums, also lediglich um ein Parteinteresse. Das Interesse der Partei erfordert, daß die bayerischen Landtagswahlen „gut“, d. h. im Sinne des Zentrums, ausfallen, was nicht der Fall wäre, wenn das Zentrum jezt schon umgefallen wäre. In die neue bayerische Kammer im Sinne des Zentrums gewählt, so werden die Interessen des Zentrums nicht mehr gefährdet, wenn das Zentrum dann im August um so gründlicher umfällt; im Gegentheil können dadurch dann wieder einzelne Zentrumsinteressen durch den Umfall erst recht gefördert werden! ... Im übrigen wird es — Graf Freyung hat das im Reichstag bereits erklärt — zu keiner Trennung der Bayern des Zentrums von den Zentrumspreußen kommen. Nach den Wahlen wird man wieder ein Herz und eine Seele sein und die lieben preußischen „Vertrüher“ wieder ins treue Zentrumsherg einschließen: sie kriegen einander wieder, den sie sind einander werth! Das ist der dritte Akt der Zentrumskomödie. Das Volk aber zahlt die Zehne des Verrathes und des heßlichen Vergehens nach dem Verrath! — Die „Kölnische Volkszeitung“ spricht sich entschieden gegen eine Scheidung der bayrischen Ultramontanen von dem Haupttrupp des Zentrums aus. Sie schreibt: „Graf Freyung hat am Sonnabend die Bildung einer süddeutschen Fraktion entschieden abgelehnt, unmittelbar danach mit fast neun Zehnteln des Zentrums gegen den Kompromiß gestimmt und dadurch das Schicksal der Vorlage entschieden. Darüber mit einer Trennung zu quittiren, wäre einfach eine Unbegreiflichkeit. Nach allen Regeln der Logik muß die Antwort genau die umgekehrte sein: eugler Anfall an die Gesamtfraktion in den jezt bevorstehenden Tagen des Kampfes.“ — Unbegreiflichkeit war aber die Neigung zu einer Sezession vorhanden.

Wie das deutschfreisinnige Kompromiß bezüglich der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit eingeleitet wurde, darüber wird der „Barmer Zeitung“ aus Berlin gemeldet:

„Als die Mehrheit der Fraktion sich für den unter dem Namen „Althaus“ gehenden Antrag erklärte, lehnte Herr Ricker die Anzeigenschaft desselben ab, weil er gewillt war, der Regierung weiter entgegen zu kommen. Er war bereit, für den Antrag Huene zu stimmen und machte kein Hehl daraus. Herr Barth dagegen unterschrieb sogar den Antrag Althaus, obwohl es von ihm längst bekannt war, daß er gleichfalls sehr zu einer Vertheidigung neigte. Am vorigen Mittwoch erklärten Barth und Ricker in der Fraktions Sitzung, der übrigen Brüder und Meyer nicht mittheilend, daß sie gegen den Antrag stimmen würden: mit Bug und Recht konnte am Donnerstag verhandelt werden, daß die Fraktion bis auf einige

Mitglieder, d. h. bis auf die sechs, die schließlich auch für den Antrag Huene gestimmt haben, einzig wäre. Am Freitag begannen Barth und Ricker Verhandlungen mit der Regierung. Sie verlangten die Zustimmung zu einer dauernden Festlegung der zweijährigen Dienstzeit und glaubten, wenn dies zugestanden würde, die Hälfte ungefähr der freisinnigen Stimmen für den so abgeänderten Antrag Huene in Aussicht stellen zu können. In dieser Richtung waren die Herren bis zum Sonnabend Mittag thätig, d. h. bis zu dem Augenblicke, wo Caprioli endgültig erklärte, das geforderte Zugeständnis nicht machen zu können. Der mehrfach genannte Antrag des Fürsten Carolath war in Wirklichkeit ein Antrag Barths, dem Carolath nur den Namen geliehen hatte. Die geschilderten Verhandlungen fanden statt, ohne daß Barth und Ricker es für erforderlich hielten, die Genehmigung der Fraktion einzuholen oder auch nur sie zu benachrichtigen. Die „Volks-Zeitung“, die es wissen muß, bestätigt die Wichtigkeit dieses lieblichen Kuhhandels. —

Die Deutschkonservativen erlassen in der „Konservativen Korrespondenz“ einen Aufruf an ihre Gesinnungsgenossen, worin es u. a. heißt:

Von besonderer Wichtigkeit für den Erfolg des Wahlkampfes ist die Aufstellung der Kandidaten. Als festes Prinzip bitten wir zu beachten, daß in allen Wahlkreisen, in denen sich konservative Organisationen befinden, eigene Kandidaten, und seien es auch nur Fiktivkandidaten, aufgestellt werden. Es ist für die konservative Bewegung von der allergrößten Bedeutung, die Gesamtzahl der Stimmen kennen zu lernen, auf welche sie sich stützen kann. Keine Gelegenheit ist hierzu günstiger, als die bevorstehende Reichstagswahl.

Dann soll gefordert werden für Renommirbauern, Renommirhandwerksmeister u. s. w., so als gebuldige Schaffner den Herren Mantuffel oder Hammerstein folgen:

Wir bitten ferner, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß neben den bisherigen bewährten Abgeordneten unserer Partei auch Vertreter des Mittelstandes in Stadt und Land als Kandidaten ins Auge gefaßt werden. Geeignete Männer werden sich unter den Handwerksmeistern, Kleingewerbetreibenden und Bauern unsicher finden, die willens und im Stande sind, ihre Interessen in den Reihen der konservativen Partei zu vertreten. Es ist indessen darauf zu achten, daß für jeden Kandidaten unserer Partei eine ungewisselhaft selbständige Gesinnung die Vorbedingung sein muß.

Die „ungewisselhaft selbständige Gesinnung“ heißt natürlich — Junkergesinnung. Betreffs der Stichwahlen wird vorgeschrieben:

Wir bitten heute schon die Delegierten und Vertrauensmänner unserer Partei, für die Stichwahlen im allgemeinen keine bindenden Verpflichtungen einzugehen, sondern im Interesse unserer großen konservativen Sache diejenige Parole abzuwarten, die für die Stellungnahme bei Stichwahlen seinerzeit ausgegeben werden wird. Schon heute aber mag bemerkt werden, daß kein konservativer Mann für einen freisinnigen oder sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme abgeben darf.

Aus Elßaß-Lothringen wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Der Hauptkampf wird sich zwischen den Liberalen, die zur Zeit schon von den fünfzehn reichsständischen Wahlkreisen innehaben, und der mächtig aufstrebenden Sozialdemokratie abspielen. Die Liberalen werden den Wählern voraussichtlich ihre alte Garde wieder präsentieren. Wenigstens hat man von Wählertreuegedanken liberaler Abgeordneter bisher nichts vernommen. Dagegen wird dem Vernehmen nach der Abg. Sichel-Walchhausen, der einzige Vertreter der reichsständischen Sozialdemokratie im Reichstage, zurücktreten und dem Redakteur der „Mühl-Volksztg.“, dem Mittelständler Bueß, Platz machen. Die Sozialdemokratie, die 1890 nur in den Wahlkreisen Mühlhausen und Straßburg-Stadt ernsthaft in Betracht kam, wird diesmal in acht oder neun Wahlkreisen ihr Glück versuchen. Als weitere sozialistische Kandidaten werden bis jetzt genannt für Straßburg-Stadt Dr. Hädt-Heidelberg, für Straßburg-Land Sigarenhändler Böhle-Straßburg. Von den Liberalen läßt sich nur wenig Günstiges berichten. Eine liberale Organisation besteht nirgends. Von den bisherigen liberalen Vertretern wird der national-liberale Dr. North-Straßburg-Land, gegen den ein Strafverfahren schwebt, nicht mehr kandidieren. An seine Stelle soll der Bürgermeister von Straßburg, Unterstaatssekretär z. D. Bad, treten. Bad ist geborener Pfälzer und hat in dem Wahlkreise Straßburg-Land bereits im Jahre 1887 3000 Stimmen auf sich vereinigt. Bad wird außer mit dem Sozialisten Böhle mit einem liberalen Gegenkandidaten um das Mandat zu ringen haben. Als dieser Gegenkandidat wurde früher wiederholt der im Kreise wohlhabende und angesehen Baron Schauenburg, Mitglied des Landesauschusses, bezeichnet. In Straßburg-Stadt wird der Nationalliberale Dr. Petri wieder kandidieren. Sein liberaler Gegenkandidat wird voraussichtlich Stadtrath Mey-Straßburg werden. Die Wiederwahl Dr. Petri's in um so zweifelhafter, als Scheiterns ausgeschlossen ist, daß als vierter Kandidat ein freisinniger Gegner der Militärvorlage auf der Bildfläche erscheinen wird.

Zum Krach im Deutschfreisinn schreibt die „Frankfurter Zeitung“ am Salus einer die Nothwendigkeit der Trennung begründenden Erdtrocknung:

Wenn es ein Trost ist, in schlimmer Lage Genossen zu haben, so mag es der freisinnigen Partei in diesen kritischen Tagen zur Ermuthigung gereichen, daß es in anderen Parteien aus der gleichen letzten Ursache nicht besser aussieht. Wer weiß, was aus den Nationalliberalen wird, die Konservativen sind in schwerer Krise, und im Centrum ist durch den Abfall des einen Wunders bei der Militärvorlage der Gährungsprozeß noch lange nicht beendet.

Es kriselt in allen bürgerlichen Parteien.

Kartellsehnsucht empfindet das Organ der Magdeburgerischen Jüder-Terminspetulant, Müdenzuder-Fabrikanten und Kalk-Barone, die „Magdeburgerische Zeitung“. Ihr bangt vor den Wahlerfolgen der Sozialdemokratie, und sie lechzt nach einem Ordnungsbund, nach einer „festen Vereinigung gegen die rotte Internationale“. Und sie heißt:

Wählen wenigstens bei uns und in den anderen von der Sozialdemokratie bedrohten Wahlkreisen die bürgerlichen Parteien sich zusammen und mit Eifer in den Wahlkampf treten; dann wird der Erfolg nicht fehlen!

Die Arbeiterschaft der Provinz Sachsen wird den Geldsack-Parteien den wohlverdienten Strich durch ihre unaufrichtige Rechnung machen. —

Reaktionäres Kartell in Breslau. Wie die „Kreuz-Zeitung“ meldet, sind die Vorstände des Konservativen, Nationalliberalen und Neuen Wahlvereins in Breslau dort zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich über ein gemeinsames Vorgehen bei der Reichstagswahl und über die Besetzung der Kandidaten zu einigen. Der Vorstand des Deutschsozialen Vereins hat sich bereits am Sonnabend mit der gleichen Angelegenheit beschäftigt. Die ursprüngliche Absicht der Antisemiten, wenigstens im Ostbezirk einen eigenen Kandidaten aufzustellen, dürfte fallen gelassen werden, wenn, wie die Staatsbürger-Zeitung schreibt, einer der von den alten Parteien nominirten Kandidaten der Judenfrage die den Deutschsozialen genügenden Garantien gewährleitet.

Aus Mecklenburg schreibt man der „Freisinnigen Zeitung“, daß die Wahlkreise Rostock und Schwerin in Gefahr sind, an die Sozialdemokratie verloren zu gehen. Die Nationalliberalen in Rostock erheben nämlich Schwierigkeiten gegen die Wiederaufstellung des bisherigen Abgeordneten v. Bar. „Falls diese Anstände nicht in kürzester Frist fallen

gelassen werden, würden die Freisinnigen im Schweriner Wahlkreise gegen die Wiederaufstellung des nationalliberalen Abgeordneten Küling vorgehen. Der Erfolg der Spaltungen in beiden Kreisen würde ein Sieg der Sozialdemokratie sein, welche bereits 1890 in Stichwahl gewesen ist.“

In Arnswalde-Friedberg wird gegen den Althwardt ein Konservativer, der Regierungspräsident in Frankfurt a. O., v. Pulkamer, ein Verwandter des Ex-Ministers, der selber ein Judenfreier ist, aufgestellt. Das wird eine hübsche Disputation werden.

Herr von Bennigsen, so verkündet beglückt die amtliche Korrespondenz der Reichstags-Partei, wird wieder kandidieren. Ob er aber gewählt werden wird, das steht auf einem andern Blatt. Die Sozialdemokratie des 18. hannoverschen Wahlkreises wird dem Kompromiß-Vater die Wege, so hoffen wir, recht gründlich weisen.

Herr Ciemm, der bisherige nationalliberale Abgeordnete für Ludwigshafen, kandidirt nicht mehr. Ihn ersetzt wohl die Furcht vor der Niederlage. Denn die Arbeiterpartei hat in dem Industrie-Bez. Ludwigshafen sehr bedeutende Fortschritte gemacht.

Auch in Hamburg wollen die Bourgeoisparteien gemeinsame Kandidaten aufstellen. Der liebe Wille ist umsonst. Ihnen wird es so wenig wie den Antisemiten, die in der alten Hansestadt einen Kandidaten für alle drei Kreise aufstellen, jemals gelingen, die Hamburger Sozialdemokratie zu werfen. —

Jungfer, der kaum in Plegnitz Gewählte, mag nicht mehr kandidieren, für ihn soll Goldschmidt aufgestellt werden. —

Ein eigenes Organ wollen sich die Wadelkrämpfe schaffen, um ihre kompromittirliche Kompromiß-Weisheit frisch vom Haß verzapfen zu können. Aber die Organe des Geldjudentums „Berliner Tageblatt“ u. s. w., stehen ja zu ihrer Verfügung. Die „Liberale Korrespondenz“ macht jetzt schon Stimmung für das künftige Kompromiß der Wadelkrämpfe mit Caprioli. Die Wählerchaft wird hoffentlich die Herren daran hindern, indem sie ihnen den Stuhl vor die Thür setzt. —

Ein amtlich empfohlener Wadelkrämpf. In der amtlichen „Coburger Zeitung“ wird in einer an der Spitze des Blattes abgedruckten Zuschrift den Nationalliberalen empfohlen, dem Abgeordneten Dr. Siemens, wenn derselbe wieder aufgestellt werden sollte, die Stimmen zu geben. Ein Kampf zwischen zwei Kandidaten, welche beide für den Antrag Huene eintreten, sei ein Auling. —

Kein Mandat mehr annehmen wollen u. a. der bisherige nationalliberale Vertreter des 6. hessischen Wahlkreises Bodeheim-Erbach Scipio, der bisherige deutschfreisinnige Vertreter für Stettin, Prömel, die bisherigen Centrumsmitglieder Graf Adelmann und Lender, und wie die „Post“ berichtet, Fürst v. Hahfeldt, der bisherige Vertreter für Müllisch-Tredin. Im Wahlkreise Breslau-Neumarkt, der bisher durch den ebenfalls eine Wiederwahl ablehnenden Freiherrn v. Huene vertreten war, wird von konservativer Seite beabsichtigt, den Abgeordneten Grafen Limburg-Sturum als Kandidaten aufzustellen. Auch der Abg. Hünze hat, wie der „Volks-Zeitung“ aus seinem Wahlkreise (1. Oldenburg) mitgetheilt wird, drähtlich darum ersucht, von seiner Kandidatur Abstand zu nehmen. Dagegen ist im Wahlkreise Sangerhausen der bisherige freisinnige Vertreter, Stadtrath Krause, nach einer Versammlung in Ballhausen wieder aufgestellt worden. In Ube wird von deutschfreisinniger Seite F. G. Schacht vorgeschlagen werden, aber die Trauben zu sauer finden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Mai.

Die Novelle zum Militär-Pensionsgesetz, die noch vor Thoreschluß im Reichstage angenommen worden ist, ist in ihrer jetzigen Gestalt für die Pensionisten günstiger, als die ursprüngliche Regierungsvorlage. Wie die „Frankfurter Zeitung“ hervorhebt, sollten nach dem Regierungsentwurf die gesammten, dem Reiche aus der Durchführung des Gesetzes erwachsenden Mehrkosten rund 3/4 Millionen im ersten Jahre und im Höhepunkte der Belastung höchstens 3 Millionen betragen, während nach den Beschlüssen des Reichstags die Kosten sich auf 4,6 Millionen, also 1,6 Millionen jährlich mehr, belaufen sollten. Die wichtigste Aenderung gegen den bisherigen Zustand besteht darin, daß die Einkommensgrenzen, von denen ab bei Einstellung im Reichs- und Staatsdienst die Pensionen gekürzt werden sollen, für die Offiziere von 3000 auf 4000 Mark, für die Gemeinen von 500 auf 600 Mark erhöht, für die Sergeanten und Unteroffiziere auf 900 Mark neu festgesetzt worden sind, woraus zu gunsten der Offiziere 217 700 und zu gunsten der Mannschaften 2 150 000 Mark Mehrkosten entstehen. Das ist aus Billigkeitsrücksichten zu gunsten der Pensionisten geschehen, obwohl der Reichstag recht wohl wußte, wie die Last, die den Zivilverwaltungen, und der Wettbewerb, der den Zivilbeamten der verschiedensten Kategorien aus dem Andrang der Militärkandidaten erwächst, sich immer mehr steigert und nachgerade nach verschiedenen Richtungen hin bereits eine wirkliche Kalamität geworden ist. —

Die Einziehung der Beurlaubten. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ bemerken zu der auch von uns gestern übernommenen Mittheilung von den nach Pfingsten bevorstehenden umfangreichen militärischen Uebungen des Beurlaubtenstandes, daß es sich dabei keineswegs um eine außergewöhnliche Maßregel handle. Die Uebungen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes in den durch den Etat gezogenen Grenzen hätten in den letzten Jahren vielfach nach Pfingsten in größerem Umfange stattgefunden. Aber daß gerade mitten in der Wahlbewegung die Beurlaubten in sehr großer Zahl unter die Fahne gerufen werden, ist doch „sonderbar“, höchst „sonderbar“. —

Die Cholera. Die „Schlesische Zeitung“ erhält eine Berliner Zuschrift, in der betont wird, daß die verdächtigsten Regierungen bei einem Wiederausbruch der Cholera an dem im vergangenen Jahre befolgten Grundsatz der vollkommensten Offenheit festhalten werden. Sollten andere Staaten, im Widerspruch zu den Bestimmungen der Dresdener internationalen Sanitätskonferenz, aus Rücksicht auf etwaige Schädigungen ihres Handels sich der Verpflichtung der Anzeige eines festgestellten Seuchenherdes entziehen, so würde es Sache unserer Missionen und Konsulate sein, dies möglichst schnell festzustellen und zur Anmeldung zu bringen. Außerdem würde dem Auswärtigen Amte die Aufgabe zufallen, alle Vertreter im Auslande mit fortgeschriebenen Uebersichten über den Stand der Cholera in den verschiedenen Ländern zu versehen. Was für Früchte die Ber-

schungstaktik zeigt, hat die Geschichte der Hamburger Seuche mit erschreckender Schärfe allen zum Bewußtsein gebracht. —

Die Miethsteuer und das preussische Abgeordnetenhaus. Mit einigen Stimmen hatte das Abgeordnetenhaus, wie wir gemeldet, in zweiter Lesung beschlossen, daß die Miethsteuer nicht neu eingeführt werden dürfe, und daß die bestehenden Miethsteuern (in den Gemeinden Berlin, Danzig, Halle a. S., Frankfurt a. M.) mit dem Jahre 1900 in Fortfall kommen sollten. Der Deutschfreisinn, der an dieser ungerechten und die Masse drückenden Auflage seine helle und profitliche Freude hat, erhob ein Bedeschrei über jenen Beschluß. Der Deutschfreisinn, d. h. sowohl die „Freisinnige Volkspartei“ als auch die „Freisinnige Vereinigung“ kämpften mit Fahnen und Hügeln dagegen, und in der am 8. Mai stattgehabten dritten Lesung des Komunalabgabengesetzes wurde denn glücklich das Verbot der Neueinführung der Miethsteuer mit großer Mehrheit ausrecht erhalten, die Bestimmung dagegen, daß die bestehenden Miethsteuern spätestens 1900 außer Kraft treten, im Wege der Auszahlung mit 149 gegen 142 Stimmen gestrichen. Für die Streichung stimmte ein erheblicher Theil des Centrums, die Freisinnigen, die Mehrzahl der Nationalliberalen und Freikonservativen und einzelne Konservative. Mit sieben Stimmen Mehrheit ist diese elende und volksfeindliche Steuer für die vier großen Gemeinden, wo der „linksstehende“ Liberalismus und die Volkspartei die erste Geige spielen, erhalten geblieben. Die Wähler mögen sich diese Heldenthat gebührend merken. —

Die Agrarier daheim. Das „Preisblatt von Czarnikau“ berichtet unterm 8. Mai: Am Montag Mittag kam es auf dem Hofe des Ritterguts Dembe zu einer sehr betrüblichen Szene. Der Vorgang wird uns wie folgt geschildert: Herr Rittergutsbesitzer Kühn hatte von auswärts eine Anzahl verheiratheter Arbeiter gebunden, denen er ihren Lohn zum größten Theil einbehalten haben soll, so daß die Leute kaum für ihren Lebensunterhalt sorgen konnten, und da ihre Forderungen unbeachtet blieben, am Montag nicht allein den Lohnrückstand, sondern auch ihren Entlassungsgeld forderten. Beides sei ihnen verweigert worden. Am Montag Morgen seien sie beim hiesigen Landrathamt vorstellig geworden, und bei ihrer Rückkehr aus dem Gutshof kam es dann zu heftigen Austritten gegen Herrn Kühn, der annahm, als wolle man ihm zuleibe gehen, worauf er einen Revolver ergriff und auf die Arbeiter feuerte. Ein Schuß traf einen derselben durch die Lunge. Der Mann lebt zwar noch, doch ist es zweifelhaft, ob er am Leben bleiben wird. Der Vorgang wird zweifellos zu gerichtlicher Beurtheilung kommen. — Hoffentlich, und wir wünschen nur, daß die Gerichte an dem Rittergutsbesitzer einmal ein derartiges Exempel statuiren, daß den Agrariern die Lust zur Mißhandlung der Landarbeiter einigermaßen gelegt wird. Auf die Aufhebung der Besinde-Ordnungen, die die eigentliche Quelle der Mißhandlungen ist, ist in Preußen-Deutschland ja vorerst doch nicht zu hoffen. —

Die bayerischen Landtagswahlen werden wohl, nachdem der Termin für die Reichstagswahlen auf den 15. Juni anberaumt worden, verschoben werden müssen, und zwar, wie Münchener Blätter melden, auf die erste Woche des Juli. Bisher war ein bestimmter Termin zur Vornahme der bayerischen Landtagswahlen amtlich noch nicht festgesetzt. —

Die bayerische Bauernbewegung greift auch nach der Rheinpfalz herüber. Am 9. Mai treten in Neustadt a. d.ardt die pfälzischen Delegirten zur Gründung einer Bauern- und Mittelstandspartei zusammen. —

Wieder ein Achtundvierziger gestorben, der sächsische Kammerfortschrittler Schaffrath. In seiner Jugend hat er sich tüchtig gezeigt. Die Entwicklung des Kapitalismus und das Bismarck'sche System thaten es ihm aber an, wie so vielen, und er geriet in den opportunistischen Sumpf, der in Sachsen die Fortschrittspartei schon zehn Jahre früher verschlungen hat als in Preußen. —

Der Obertwinder, Betrüger des Stöcker'schen „Volks“, war wegen Beleidigung der Clever Justizbehörden (Prozeß Buschhoff) zu Gefängnis verurtheilt worden. Der König von Preußen hat diese Strafe in eine Geldstrafe von 600 Mark umgewandelt. —

Frankreich. Die Auflösung des Deutschen Reichstags wird von der französischen Presse mit außerordentlicher Ruhe besprochen — und durchweg in friedlichen und freundnachbarlichem Sinne. Die Franzosen haben nicht Lust, durch chauvinistisches Gepolter Herrn v. Caprioli die Balkanien aus dem Feuer zu holen, wie dies Herr Boulanger 1887 dem Fürsten Bismarck gethan hat. —

Die konservativen und opportunistischen Parteien wehren sich mit Händen und Füßen gegen die Auflösung der Kammer. Sie wissen, daß die Neuwahlen ihnen verderblich sein werden. —

Die Homerulebill kommt im englischen Unterhause nur langsam vorwärts. Nachdem Gladstone die zweite Lesung in heftigem Kampfe erzwungen hat, bietet jetzt die Beratung der einzelnen Paragraphen den Konservativen Gelegenheit, die Generaldebatte immer wieder aufzunehmen. Die Herren Konservativen, die weiland, als sie in der Regierung waren, die Obstruktionspolitik der Opposition nicht jorntig genug verurtheilt konnten, treiben jetzt selber ebenföhrliche und methodische Obstruktionspolitik, wie früher die Irländer. Gladstone, den sein hohes Alter zur Eile mahnt, geht aber mit rücksichtsloser Energie gegen die Obstruktionsisten los, und als sie gestern aus dem letzten Dubliner „Attentats“-Müßchen einen Elephanten machen und diesen als Rauwan gegen die Homerule verwerten wollten, da riß Gladstone der Geduldsfad und die Regierung setzte durch, daß die Debatte über den betreffenden Paragraphen durch einen Schlußantrag gewaltsam abgekurzt wurde. Der Obstruktion bleibt freilich noch immer ein großes Feld. Es muß jedoch bemerkt werden, daß das entschiedene Vorgehen Gladstone's seine Stellung wesentlich befestigt hat. —

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten wiederholt, die für die Redaktion bestimmten Zuschriften nur an diese (Beuthstr. 2, 4 Zc.) abzugeben oder abzugeben, da wir andersfalls jede Garantie für die pünktliche Aufnahme ablehnen müssen.

D. v. S. Lem. Telegramm mit Dank erhalten und in der gestrigen Nummer abgedruckt. Gruß!
H. T., Budapest. Besten Dank für Ihr Schreiben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 10. Mai.
Opernhaus. Lobengrin.
Neuro Theater. Bajantafena.
Deutsches Theater. Der Zalsman.
Berliner Theater. Graf Waldemar.
Lesing-Theater. Brade Bent vom Grund.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Kroll's Theater. Fidelity.
Friedrich-Theater. Die Sirene.
Vorher: Nach zwei Jahren.
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Mam'zelle Nitouche.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Gold und Eisen.
Alexanderplatz-Theater. Eisen Fesseln.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Ranmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Jubiläums-Benefiz für Herrn Carl Weiss! Zum 39. Male: **Goldlotte.**
Gesangssoppe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
Completts theilweise v. G. Görrs.
Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Jeder Besucher der heute stattfindenden Vorstellung erhält ein Erinnerungsblatt gratis.
Der Sommer-Garten ist geöffnet.



Passage-Panopticum.
Im Theater-Saal:
Neu!
Lebende Bilder.

Castan's Panopticum.

Neu: Die Schrecken des Meeres.
Neu: Bauern-Aufstand!
Musikalische Vorstellungen.
Schreckenskammer. Irrgarten.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Neu! Die lustige Neu! Schwiegermutter.
Komische Pantomime mit Ballet in 1 Akt.
Ausgeführt v. d. Pantomimen-Gesellschaft Diovano, sowie Auszügen von
12
i. Berlin neuen Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Entree 30 Pf.

Moritz-Platz. **Etablissement Buggenhagen.** Moritz-Platz.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschnitt von Vahenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine hocheleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten. Auch steht den gebildeten Vereinen etc. der große Sommergarten zur Verfügung.
Wwe. E. Schmiedel.
Jeden Mittwoch 38156
frische Brühwürst.
C. Laska, Schlächterstr., Oranienstr. 2a.

Norddeutsche Brauerei.

55. Chaussee - Strasse 55.
Täglich:
Concert.
Wochentags Entree frei.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Die neu eingerichtete Kaffee-Küche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf. 4127L*
Helmuth Peters.

Frei-Concert
Otte's Eisschloßchen
Pflanzensee.
Jeden Sonntag: Früh- u. Nachmittags-Freikonzert. Gr. Kaffeeküche und 2 Regeldamen. 3820b*

Rheinländischer Tunnel
genannt: Die Adèle Nagelkiste.
Berlin N, Eisasserstrasse 73.
Neu! Neu!
Die Möbel-Polonaise!
oder: 4070L*
Weber hat'n Feber, an de Lunge, an de Lunge, an de Feber!
Vorträge der berühmten Gesangsvereine „Halbe Lunge“ und „Keuchhusten“.
Vorzügliches Lagerbier der „Schöneberger Schloßbrauerei“ à Seidel 10 Pfennige.
H. Schultze (mit'n ß).
(Notiz: Mang us mang is feener nich mang, der nich mang us mang jehört.)

Maitrank Flasche 60 Pfg., 10 Fl. 5,50 Mk.
Spiritus Liter 32 Pfg.
Himbeersaft (ohne Stärkesyrup), 4159L* Str. 1,50 Mk.
Franz Beyer,
Chausseestr. 103.
Sämmtl. Weine zu Großpreis.

Albert Friede's Tanz-Institut,
Oranienstr. 180.
Neue Unterrichtskurse beginnen für Contra, Quadrille, sowie sämtliche Mundstücke. Honorar für Herren 6 Mk., Damen unentgeltlich. Anmeldungen erbeten Sonntags Nachm. 2/3 Uhr, Mittwochs Abends 8 1/2 Uhr im Institut.
Alb. Fricke, Tanzlehrer, Adalbertstr. 53.

Stroh- und Filz-hut-Fabrik
von **Ferd. Henke,**
1. Duenowstr. 1.
Putz- und Modewaaren.
Blumen, Federn. 4114L*

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 3806L*
am diesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Gebr. Bölke
Uhren-Fabrik
Berlin, Mauernstr. 70.
Verkauf aller Arten abgegebener und genau regulirter Uhren zu **rauen billigen Fabrikpreisen.**
8 Jahre Garantie und Umtausch gestattet. Reich illustriertes Preis-Buch gratis und portofrei. [3043L*]
Gold-Damen-Uhren, Rem., 20 Mk.

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 R. Große Anzüge von 7 R. an bis zum feinsten Kammingarn, auch Pass- u. Einsegnungs-Anzüge. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrsmänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. [3710L*]
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge **66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

Unserem Freund und Genossen, dem **Soubler A. Faller,** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die alle Planschnäse wackelt! Albert, merkst Du was? **W. N. A. G. W. G. W. K. E. Sch. G. J.**

Unserem Freund, Genossen und Kollegen **Gustav Unger** zu seinem heutigen Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch! Frankfurt, laß gießen, daß der ganze Platz schwimmt.
Unserem Freund und Genossen, dem **Dreher Franz Schmidt,** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch! Franz, gehn wir gleich nach Hause? 3803b
Der Dilettantenverein „Tuba“.

Der Verein der Plätterinnen
u. verw. Berufsgen. Berlins
seiner 2. Vorsitzenden Frau **Stenke** zu ihrem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch und wünschen die Mitglieder, daß das Geburtstagskind stets fest und treu für die Interessen der Allgemeinheit eintreten möge!
E. M. E. S. A. K. P. B. C. S.
Dem Genossen **J. Nebentisch** zu seinem heutigen silbernen Hochzeitstag ein dreimal donnerndes Hoch!
3801b
Dein Freund **J. S.**

Orts-Krankenkasse der Steindruckerei und Lithographen zu Berlin.
Am 6. Mai er. verstarb unser Mitglied, der Steindrucker **Herr Otto Kuhring.**
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 11. Mai, Nachmitt. 4 Uhr, von der Leichenhalle auf dem Kirchhofe in Rixdorf, Bergstrasse. Um zahlreiche Theilnahme wird gebittet.
3806b
Der Vorstand.

Achtung!!!
Verein der Former.
Am Himmelfahrtstage **Horrospartei.**
Treffpunkt 7 Uhr Morgens Nordbahnhof (Gefundbrunnen). Für Nachzügler bis 1 Uhr Birkenwerder-Schützenhaus.
Der Zahlabend „Säden“ wird der Feiertage wegen am 16. d. M. abgehalten.
3816b
Der Vorstand. A. Mewes.

Genossenschafts-Buchdruckerei zu Solingen. 3811b
(Eing. Genossensch. mit beschr. Haftpf.)
Sonntag, 11. Juni 1893, Nachm. 6 Uhr, im Hof. des Herrn Ern. Wehrwolf:
Außerord. Generalversammlung.
T. O.: 1. Geschäftliche Angelegenheiten. 2. Besprechung über das tägliche Ercheinen der „Arbeiterstimme“.
Der Vorstand. Der Aufsichtsrath.

Zur Reichstagswahl 1893 [4169L*]
empfiehlt sich zur Anfertigung von Flugblättern und Stimmentzettel, sowie Marken zum Wahlsond, die **Druckerei von Conrad Müller** in Schkenditz-Keppitz.

Möbel-Magazin
R. Schmidt,
Veteranenstraße 15
auch **Chellzahlung.**
Stets gebrauchte Möbel auf Lager. Auch ist dabeist ein Piano billig zu verkaufen. Kindermöbel, größte Auswahl.
Taubendörse Arbanskr. 35 zahlst für Tauben die höchsten Preise. 216/11

Guter Nebenverdienst. 3819b
Tüchtige Männer in Fabriken und Werkstätten, welche den Vertrieb garantirt unter Uhren, Wecker, Ketten gegen Theilzahlung übernehmen wollen, belieben ausführliche Offerten unter **A. B. 222 Exp. d. „Vorw.“** abzugeben.
Ein Portemonnaï mit 65 Pf. und 1/2-Loose ist zwischen Wrangel- und Waldemarstrasse verloren gegangen. Gegen Belohnung abzug. b. Lippert, Sorauerstr. 10, part. 3818b

Ich warne einen Jeden meiner Frau **Auguste Baasch, geb. Wylke,** etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. **August Baasch, Maurer, 4174L**
Rüdersdorferstr. 55.

Arbeitsmarkt.
48/10 **Plätterinnen**
auf Kragen u. Manschetten finden bei hohen Löhnen dauernde Beschäftig. bei **Rose & Stern, Neue Königstr. 16.**
3814b **Tapetirer.**
Junger Anfinger wünscht die Tapetier-Arbeiten für ein solides Möbelgeschäft zu übernehmen. Off. O. 100 bitte an die Exped. d. Bl. zu senden.
Echt. Glasschleifer auf Facetten, sowie Vergolder werden für gute, dauernde Stellung gesucht. Off. unter **G. M. 100** an die Exped. ds. Blattes.

Donnerstag, den 11. Mai 1893, Nachmittags 4 Uhr:
Versammlung
der in
sämmlichen Betrieben der Brauereien Berlins und Umgegend
beschäftigten Hilfsarbeiter
in **Gründer's Sälen** (früher Mandt), Köpenickerstrasse No. 100.
3821b
Tages-Ordnung:
1. Statutenberathung und Gründung des Vereins. 2. Wahl des provisorischen gesammten Vorstandes und der Vertrauensleute. 3. Diskussion und Verschiedenes. — Die organisirten Brauer und Götthjer sind hierzu eingeladen.
Der Einberufer.

Achtung! Achtung!
Große öffentliche
Versammlung für Männer und Frauen
am Donnerstag, den 11. Mai (Himmelfahrt), Ab. 6 Uhr, im „**Colberger Salon**“, Colberger-Strasse No. 23.
Tages-Ordnung:
1. Unsere gegenwärtige politische Lage. Referent **Gen. G. Koopmann.**
2. Diskussion. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
3817b
Der Einberufer.

Achtung, Bildhauer!
Die heute Abend stattfindende Bildhauer-Versammlung ist vom **Ortsverein der Bildhauer (Gewerkverein Hirsch-Dunker)** einberufen. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.
117/13
E. Donath.

Achtung! Filzschuh-Arbeiter. Achtung!
Große öffentliche Versammlung
aller in der Filzschuh-Branche besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Berlins und Umgegend
am Mittwoch, den 10. Mai d. J., Abends 8 Uhr, im Saale des **Herrn Seefeldt, Grenadierstraße Nr. 33.**
Tages-Ordnung:
1. Situationsbericht des Streiks und Bericht des Kollegen **Lange.**
2. Diskussion. 3. Abrechnung der Agitations-Kommission. 4. Bericht der Revisoren. 5. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten findet **Teller-Sammlung** statt.
155/19
Die Lohnkommission.

Berein der Maschinisten und Heizer Berlins.
Herrenparthie am 11. Mai (Himmelfahrtstag).
Treffpunkt für Nachzügler: Mittags, Restaur. **Wilhelmshöhe,** N. d. Winkel, Pichelswerder. Nicht wie angegeben: Im Kaisergarten, Karl Ratten, Pichelsberge. [3802]
Das Komitee.

Birkenwerder an der Nordbahn.
Donnerstag, 11. Mai (Himmelfahrtstag), Vorm. 10 Uhr,
Große öffentl. Volks-Versammlung
für Männer und Frauen
im Saale des **Herrn Carl Hühig** (Birkenwerder Schützenhaus).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des früh. Abgeordneten **A. Stadthagen** über: „Uns Vaterland, on's theure, schlies Dich an.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
386/3
Der Vertrauensmann.

Geschäfts-Verlegung.
Hierdurch theilen wir ergebenst mit, daß wir am **Sonntabend, den 13. Mai 1893** unsere
Buehdruckerei nebst Buehbinderei
von der **Oranienstraße 54** nach der
4172L*
Dresdenerstr. 38, Hof part. r. (Fabrikgebäude)
verlegen. — Gleichzeitig bemerken wir, daß wir durch bedeutende Vergrößerung in den Stand gesetzt sind, jeden an uns gestellten Anforderungen zu genügen.
Janiszewski & Quitt.

3435. Rosenthaler-Strasse 3435.
Siegfr. Grossmann
Herren- und Knaben-Garderobe
12 Mark.
4104L*
Hochelegante Bekleider nach Mass aus besten englischen und deutschen Stoffen.

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.
Ganze Ausstattungen Küchenmöbel in grosser in Mahagoni u. Nussbaum. Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastianstr. 20
Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). [3749L*]

D. Wurzel, Lieferant des Konsumvereins „Süd-Öst“, **Wangel-Strasse 16.** [4006L*]
Kleiderstoffe, Mousseline und Batiste in großer Auswahl.

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.
Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Nachahmungen, die in neuerer Zeit unter den Namen „Seifen-Extract“ etc. angeboten werden. 3872L*

Parteinachrichten.

Achtung! Nach der im „Vorwärts“ bereits mitgetheilten Bekanntmachung sollen die Wählerlisten bereits am 18. Mai zur Einsicht ausgelegt werden, und zwar sind sie dann acht Tage lang jedermann zur Einsichtnahme zugänglich. Bei der Eile, womit die Wählerlisten auch dieses Mal wieder hergestellt werden müssen, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie wieder sehr lückenhaft sein werden. Erfahrungsgemäß leiden die Wähler aus dem Arbeiterstande unter dieser Mangelhaftigkeit der Listen am meisten. Es wird deshalb auch dieses Mal wieder, wie es schon bei früheren Wahlen geschehen ist, sich eine Organisation zur Massendurchsicht der Wählerlisten empfehlen. Wir schlagen deshalb vor, daß in jeder Werkstatt, in jeder Fabrik je nach Bedarf Vertrauensmänner ernannt werden, welche alphabetisch geordnete Verzeichnisse der Wähler (Vor- und Zunahme und Wohnung) anfertigen und an der Hand dieser Verzeichnisse die offiziellen Wählerlisten durchsehen. Neben dieser Massendurchsicht ist es Pflicht jedes einzelnen Wählers, sich davon zu überzeugen, ob sein Name in die Wählerliste Aufnahme gefunden hat. Wer diese geringe Mühe scheut, muß es sich unter Umständen gefallen lassen, von der Ausübung seines höchsten staatsbürgerlichen Rechtes ausgeschlossen zu sein. Darum, Wähler, seht Euch vor!

An die Parteigenossen! Um über die Wahlbewegung schnell und zuverlässig berichten zu können, bitten wir die Vertrauensmänner aller Orte, uns über Vorkommnisse von allgemein wichtiger Bedeutung, vor allem aber über die Namen der aufgestellten Kandidaten umgehend kurz Mitteilung zu machen. Die Zusendungen wolle man stets an die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin S.W., Beuthstraße 2, adressiren. Redaktion des „Vorwärts“.

Wegen die Militärvorsage wurde ferner eine Versammlung abgehalten in Alzen (Nef. Reich-Main).

Sozialdemokratische Reichstags-Kandidaturen. Bingen-Alzen (S. Hessen): Niedrich aus Mainz, Hamburg L.: Bedel aus Berlin, Elfaß-Lothringen (siehe „Politische Uebersicht“).

Eine Konferenz der Sozialdemokratie Nordböhmens beschloß am Sonntag gegenüber den Maßregelungen der an der Arbeitsruhe am 1. Mai theilhaftig gewordenen Arbeiter über die Betriebe aller derjenigen Fabrikanten die Sperre zu verhängen, die ihre Arbeiter der Kaiser halber aufs Pflaster setzten.

Aus New-York wird uns Mitte April geschrieben: Kürzlich hat einer der „Jungen“ Deutschlands, namens Klingler, in einer unserer hiesigen Partei-Branchen einen Vortrag über die Bewegung in Deutschland gehalten. In demselben vertrat er die Ansicht, daß besonders die in den letzten Jahren verloren gegangenen Streiks nur Folge der Zentralisation und der dadurch bedingten Geldanhäufung waren. Er schilderte als Plan seiner engeren Berliner Genossen für die Agitation die Gründung von Gewerkschaften, in denen „Sozialismus“, d. h. liberalistischer, gepredigt werden solle, alles Wahlen und dergleichen aber bei Seite zu lassen sei. Er fand insofern kein Entgegenkommen, indem in der Diskussion sämtliche Redner für die Taktik der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, als der unter den obwaltenden Umständen einzig praktischen, eintraten.

An der Kaiser werden sich die amerikanischen, resp. Organisationen mit englisch sprechenden Mitgliedern noch weniger beteiligen, als in früheren Jahren. Die hiesige Central-Labor-Union hat die Theilnahme unter einem nichtigen Grunde abgelehnt, ebenso die Brooklyn, weil sie nicht in einem Zuge mitmarschiren will, in dem die rote Fahne getragen wird.

Der Streik der Lokomotivführer an der Ann Arbor-Bahn ist allem Anschein nach zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen.

Vor einiger Zeit hieß es, daß sich die harteidigen Former-Registraloren Tennessee's endlich entschlossen haben, das Strahlings-Kontraktarbeits-System abzuschaffen; zugleich wären die Gelder zum Bau der nöthigen Gefängnisse angewiesen worden. Nun stellt sich aber heraus, daß die Nachricht auf einem Irrthum beruht. Der Berichterstatter eines dortigen Blattes macht bei dieser Gelegenheit Mitteilung über die schreckliche Behandlung, welcher die Strahlings seitens der Kontraktoren und deren Angestellten (unter deren „Obhut“ sich die Strahlings befinden) ausgesetzt sind, sowie die miserable „Nahrung“, welche sie von denselben erhalten. Er meint, daß es die in den hiesigen Vergewerkschaften befindlichen Strahlings gewiß besser hätten! Es haben neuerdings wieder Unruhen stattgefunden, doch scheint die Theilnahme der Bergleute eine schwache gewesen zu sein.

Der Tod der Zugschneider in New-York ist durch Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Vertretern beendet. Ueber den Inhalt der „Vereinbarung“ ist nichts bekannt gegeben worden; recht gehuer erscheint die Geschichte nicht!

Todtenliste der Partei. In Wandsee wurde am Sonntag ein alter Parteigenosse, der Maurer Thielemann, zur letzten Ruhestätte gebracht.

Politikalisches, Gerichtliches etc.

Wegen Verleumdung eines Gendarmen verurtheilt das Schöffengericht in Straßburg i. E. den Parteigenossen Böhle zu 10 M. Geldstrafe event. 2 Tagen Haft.

Das Berliner Landgericht sprach den Parteigenossen Meißner ein Vergehen in einer Rede verübt haben, die er am 20. November v. J. in einer Versammlung der Maurer und Pauer-Verband gehalten hat.

Tokales.

An die Arbeiterschaft Berlins!

Am nächsten Freitag finden in allen Berliner Reichstags-Wahlkreisen Versammlungen statt, bezugs Stellungnahme zu den Reichstagswahlen. In diesen Versammlungen werden — soweit es noch nicht geschehen — die Kandidaten aufgestellt. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, an diesem Tage keine Ver-

sammlungen abzuhalten. Alles Weitere wird durch Annonce im „Vorwärts“ am Donnerstag, durch Säulenschlag am Freitag bekannt gegeben.

Die Vertrauenspersonen.

Den Nothstand des Winters 1891/92 konstatirt jetzt endlich auch der Berliner Magistrat selber in seinem Gesamtverwaltungs-Bericht über 1891/92, nachdem bereits vorher in den meisten Sonderberichten über die einzelnen Zweige der Magistratsverwaltung die betreffenden Nothstände sich zu demselben Verhältnisse bequem haben. Ueber die Tragweite dieses Geständnisses darf man sich jedoch keiner Täuschung hingeben; es verpflichtet zu gar nichts. Die Verwaltungsberichte erscheinen immer erst lange nach Abschluß des Verwaltungsjahres, theilweise erst ein volles Jahr später. Ueber 1892/93 werden die Berichte erst im Jahre 1894 vollständig vorliegen, über 1893/94 erst im Jahre 1895 und so fort. Wie der jetzt zugegebene Nothstand des Winters 1891/92 zu der Zeit, als er am höchsten war und ein sofortiges, energisches Eingreifen erforderte, abgeleugnet worden ist, weil der Nachweis durch amtliche Veröffentlichungen damals noch nicht geführt werden konnte, wie man auch im letztvergangenen Winter 1892/93 das Vorhandensein eines Nothstandes bestritten hat, den die demnächst erscheinenden Berichte aufs neue erweisen werden, so wird man auch im kommenden Winter 1893/94 die alte Litanei von vorn anfangen und mit Pathos deklamiren: „Es giebt keinen Nothstand!“ Auf diese Weise kann man sich Jahr für Jahr bequem und mit leidlichem Anstand um die unangenehme Nothwendigkeit einer durchgreifenden Abhilfe herumdrücken. Ueber das Jahr 1891/92, in welchem das oben zitierte Wort von der „treifinnigen“ Majorität der Stadtverordneten-Versammlung in allen Tonarten und Variationen vorgetragen wurde, meldet jetzt der Magistratsbericht, es müsse „wie sein Vorgänger als ungünstig bezeichnet werden.“ Es wird darauf hingewiesen, daß im Berichtsjahr der Fleischkonsum in Berlin „von 73,5 Kilogramm pro Kopf noch weiter auf 70,5 Kilogramm sank.“ Weiter wird erzählt: „Die äußerst unzulänglichen einheimischen Ernten der Jahre 1889, 1890, 1891, die hohen Getreidepreise, ... das am 27. August 1891 erlassene russische Roggen-Ausfuhrverbot ... machten die Ernährungsvhältnisse der unbedeutenden Bevölkerung zu Anfang des Winters 1891/92 besonders schwierig.“ Es folgt dann eine kurze Darstellung der Verhältnisse der famosen Nothstands-Deputation vom Herbst 1891, eine Aufzählung der von sozialdemokratischer Seite aufgestellten weitgehenden Forderungen und der von „freisinniger“ Seite erfolgten lächerlich geringen Bewilligungen. Die beschlossenen Maßregeln werden als eine „im Hinblick auf den schon ohnehin zum Nachtheile des platten Landes zu starken Zuzug der Arbeiterbevölkerung nach der Hauptstadt wohlwollende und ausreichende Fürsorge“ bezeichnet, die jedoch die bekannten Februartrawalle vom Jahre 1892 nicht habe verhindern können. Die Summe, welche die Stadtgemeinde als Entschädigung für den durch die Krawalle entstandenen Schaden zu zahlen hatte, wird auf circa 17 000 M. angegeben, „eine wirtschaftlich vergebene Summe, (sagt der Bericht hinzu), aus welcher eine bedeutende Zahl wirklich Arbeitsloser oder sonst Bedürftiger wirksam hätte unterstützt werden können.“ Dieser Zusatz ist, wenn man an die vorher vom „Freisinn“ in den Nothstands-Debatten bewiesene Parteilichkeit denkt, von erheblicher Komik. Dieser Verwaltungsbericht, der den abschließenden Gesamtüberblick über alle Zweige der Magistratsverwaltung bringt, ist überhaupt ein in mancher Beziehung amüsanter Schriftstück. Es ist ungeschick, was bei der Parade die Kritik des Hochkommandirenden bedeutet. Nur das die magistratische Kritik auf eine Selbstverherrlichung hinausläuft. Freunden unwillkürlichen Humors ist die Lektüre dieses Berichtes trotz seiner 85 Seiten in Großquart angelegentlich zu empfehlen. Sie werden darin mehr als bloße Zahlen und bürokratisch geschraubte Saperioden finden. Die wiederholten Versuche, das an die Spitze gestellte, nothgedrungene Zugeständnis eines Nothstandes später in den einzelnen Kapiteln nach Kräften wieder abzuschwächen, machen dem diplomatischen Geschick des oder der Verfasser alle Ehre. Die Versuche wollen nur trotzdem nicht recht gelingen. Die Noth drängt sich immer wieder hervor, auf den verschiedensten Gebieten der städtischen Verwaltung, und blickt dem Leser aus den immer noch ungünstiger gewordenen Zahlen entgegen, sodaß ihm schließlich das Lachen vergeht.

Für die zunehmende Verelendung des Volkes giebt der Konsum von Pferdefleisch einen ziemlich sicheren Gradmesser ab. So nimmt denn auch in Berlin diese von ach wie vielen Proletariern einzig noch gekannte Fleischspeise eine von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung ein. Im Jahre 1889 wurden 7963 Pferde in der Central-Mohlschlächtere unterzucht, von denen 7733 zum Verzehr zugelassen wurden; im Jahre 1890 gelangten dagegen 8396 Pferde und 1891 8426 Pferde zur Untersuchung, von denen 8182 und 8129 Thiere zum Konsum gelangten.

Aus dem Verwaltungsbericht der Charitee über das Etatsjahr 1892/93 erhalten wir die nachstehenden Mittheilungen: Am 31. März v. J. betrug der Bestand an Kranken 885 Männer, 778 Frauen, 31 männliche, 30 weibliche Säuglinge. Der Zugang bis zum gleichen Datum dieses Jahres betrug 10 139 Männer, 9540 Frauen, 504 männliche, 760 weibliche Säuglinge. Hiernach befreit sich die Gesamtanzahl des Jahres auf 22 048 Personen. Als geheilt wurden 17 279, als nicht geheilt 1770 Personen aus dem Krankenhaus entlassen. 18 Kranke entlassen. Geboren sind 2155 Personen. Todtgeboren wurden in der Anstalt 53 Knaben und 52 Mädchen.

Besondere Zeitungshalter. Die hiesige Ober-Postdirektion steht im Begriff, bei den Postämtern mit besonders lebhaftem Verkehr ebenso wie die Paketabfertigung auch das gesamte Zeitungsgeschäft von den übrigen Dienstzweigen zu trennen und dafür eigene Zeitungs-Ausgabeschalter einzurichten. Bei dem Postamt 25 (Am Königsgraben) wird der diesbezügliche Umbau so beschleunigt, daß dem Publikum spätestens am 1. Oktober cr. die Vortheile der Neu-Einrichtung zu gute kommen werden. Bedacht zu wünschen bleibt, das auch bei dem sehr überlasteten Postamt 19 in der Beuth- bzw. Kommandantenstraße durch Einrichtung eines eigenen Zeitungsschalters den vielen Unzulänglichkeiten ehestens gesteuert werde.

Zur Herstellung einer im Verkehrsinteresse wünschenswerthen Verbindung der Perleberger Straße mit der Wilhelmshafenener Straße wird die Anlage einer neuen Straße zwischen der Stromstraße und der Wilhelmshafenener Straße geplant. Nach einem von der städtischen Bau-Deputation aufgestellten Entwurf soll die neue Verbindungsstraße über das Grundstück Stromstr. 51 geführt werden.

Das königliche Hygiene-Museum, Klosterstr. 35, ist geöffnet: Am Dienstag und Freitag von 10 bis 2 Uhr, an Sonn- und Festtagen in den Monaten April, Mai, Juni, Juli, August und September von 12—6 Uhr Nachmittags, in den Monaten März und Oktober von 12 bis 5 Uhr Nachmittags, in den Monaten Februar und November von 12 bis 4 Uhr Nachmittags, in den Monaten Januar und Dezember von 12 bis 3 Uhr Nachmittags.

Ueber schwere Verletzungen, die ein Soldat des Kaiser Alexander-Grenadier-Regiments einem Zivilisten zugefügt hatte, als dieser durch die Reihen des die Leipzigerstraße passirenden Regiments hindurchschlüpfen wollte, wußten dieser Tage einige bürgerliche Blätter zu berichten. Auch uns sind zwei Fälle ähnlicher Art mitgetheilt worden. Die eine Affäre trug sich am letzten Donnerstag Morgen, kurz vor 7 Uhr zu, als das gleiche Regiment die Ecke der Ritter- und Pringensstraße passirte. Eine Arbeiterin, die offenbar bei Vermeidung der üblichen Ordnungspunkt 7 Uhr auf der Fabrik zu sein hatte, dachte noch rechtzeitig das gegenüberliegende Trottoir zu erreichen, wurde aber von einem Flügelmann festgehalten gesucht. Hierbei glitt der Soldat aus und riß das Mädchen mit zur Erde, dem beim Fallen die Kaffeeflasche zerbrach. Die Arbeiterin konnte sich nicht schnell genug wieder erheben und so schritten die nachrückenden Soldaten über die Arme hinweg, welche durch Fußtritte und Glasscherben erheblich verletzt wurde.

Ferner wurde am Sonnabend Mittag am Kottbuscher Thor ein Mann von Soldaten festgenommen, weil er durch die Reihen eines Bataillons des 3. Garderegiments hindurchzuschlüpfen suchte. Zwei Mann mit aufgeblasenem Seitengewehr nahmen ihn mit nach der Kaserne, von wo er dem nächsten Polizeibureau zugeführt wurde.

Wir knüpfen an diese Mittheilungen die Warnung vor zu naher Verührung mit dem Militär. Immer ist es noch besser, wegen Zufälligkeiten an die Arbeit eine Geldstrafe zu zahlen, als in oben geschilderter Weise zu Schaden zu kommen.

Bei der Erhebung von Zeugengebühren können die be-theiligten Personen gar nicht vorsichtig genug mit denjenigen Angaben umgehen, welche auf die Höhe der Zeugen-Entschädigung von Einfluß sind. Die Arbeiter J. (sich) Eheleute waren als Zeugen in einer Privatstreitsache vor Gericht geladen. Vor dem Kassenschafter, bei dem die J. Eheleute ihre Zeugengebühren in Empfang nahmen, gab auf Befragen der Eheleute an, daß er auf dem Schlesischen Bahnhof als Arbeiter beschäftigt sei und einen Stundenlohn von dreißig Pfennigen beziehe; er behauptete auf weiteres Befragen auch, die Pferdebahn benutzt zu haben, um nach dem Gerichtsgebäude zu gelangen. Nach diesen Angaben wurden seine Zeugengebühren und Auslagen berechnet und gezahlt. Die Frau behauptete, als Maschinist beschäftigt zu sein und einen Verlust von 25 Pf. für jede veräumte Stunde gehabt zu haben und wurde nach dieser Angabe entschädigt. Die in dem Prozesse unterlegene Partei, gegen welche die Eheleute Zeugnis abgegeben hatten, rekonstruirte gegen deren Behauptungen, und es stellte sich dabei allerdings heraus, daß zu der fraglichen Zeit der Ehemann auf dem Bahnhofe nicht mehr beschäftigt gewesen war, auch nicht die Pferdebahn auf dem Wege nach dem Gericht benutzt hatte; ebenso konnte nachgewiesen werden, daß die Frau sich schon seit langem nicht mehr als Maschinist beschäftigte. Beide wurden unter Anklage des Betruges gestellt und vom Schöffengericht, das die gewinnfüchtige Absicht bei den unrichtigen Angaben als vorhanden erachtete, zu je einem Tag Gefängnis verurtheilt.

Fahrstuhlfeuersung. Ein entsetzlicher Unglücksfall, bei dem selber ein Menschenleben zu beklagen und ferner ein Arbeiter zum Krüppel geworden ist, hat sich am Montag Nachmittags auf dem an der Oberspreewäldchen Terrrain der Berliner Chamottefabrik ereignet. Dort waren mehrere Arbeiter damit beschäftigt, eine Ladung glasierter Chamottesteine vom Brennofen aus durch den Dampfrohrstuhl nach dem dritten Stock des Lagerstiegers hinauf zu befördern, wozu sich zwei der Arbeiter, der 26jährige Grundriber Polenz und der 24jährige Maschinist Thormann mit auf den Fahrstuhl gestellt hatten. Als nun der letztere den zweiten Stock passirt hatte, riß plötzlich auf bisher unaufgeklärte Weise die Verkupplung, wodurch der an 12 Zentner schwere Stuhl ins Klüftchen gerieth und in die Tiefe stürzte, wobei die beiden auf demselben befindlichen Arbeiter zwischen die Gewandung gerietzen und vollständig eingeklemmt wurden. Trozdem sofort die nöthige Hilfe zur Stelle war und die Geheuer eingeseht wurden, gelang es dennoch, nur den Maschinisten Thormann zwar noch lebend, aber mit zermalnten Unterschenkeln heraus zu befördern, während der Grundriber Polenz, dem der Kopf eingedrückt und das Kreuz gebrochen war, bereits todt war. Thormann, welcher sich in hoffnungslosem Zustande befindet, wurde auf Anordnung des Gewerksarztes nach dem Krankenhaus geschafft.

Durch eine Benzinexplosion sind vorgestern Nachmittags drei Personen schwer verletzt und eine vierte getödtet worden. Im linken Seitenflügel des Hauses Zimmerstr. 99, eine Treppe hoch, befindet sich die chemische Waschanstalt von Pugen. Dort war man mit dem Reinigen von Kleidern beschäftigt, und wandte dazu Benzin an, obgleich in dem Raume ein geheizter eiserner Ofen stand. Um 6 1/2 Uhr explodirte mit weit hörbarem Knall das Benzin und setzte den ganzen Raum in Flammen. Der Inhaber der Waschanstalt Pugen, dessen Frau und deren neunundzwanzig Jahre alte Nichte Fräulein Luise Pugen, die sich beschwerweise bei ihren Verwandten aufhielt, sind im Gesicht, am Kopfe und an den Händen durch Brandwunden sehr schwer verletzt worden. Von den Samaritern der Feuerwehr, die unter Leitung des Branddirektors Stude erschienen war, wurden ihnen Nothverbände angelegt, worauf alle Drei in einer Droschke durch einen Schuhmann des 36. Polizeiregiments nach der Klinik in der Ziegelstraße übergeführt wurden. Außer ihnen war die Dienstmagd Anna Ziegler in dem Raum anwesend. Diese wurde am ganzen Leibe vollständig verbrannt und auf der Stelle getödtet. Die Leiche ist dem Schauhaufe zugeführt worden. Auf dem Hofe war eine furchtbare Verwüstung angerichtet. Außerdem zerbrach das Schaufenster eines straßenwärts gelegenen Porzellanladens, während die Vorräthe im Laden selbst zertrümmert wurden. Die Feuerwehr wurde bald Herr der Situation, hat aber noch lange Zeit mit Ausräumungsarbeiten zu thun gehabt.

In der Weinstube plötzlich verstorben ist Montag Abend um 8 1/4 Uhr der 51 Jahre alte Geheime Rechnungsrath Robert Warfchner. Der alte Junggeselle pflegte Abends in einer Apfelmahlstube in der Krausenstraße zu verkehren. Auch Montag hatte er sich gegen 8 1/4 Uhr dort eingefunden. Raum war ihm sein Abendessen vorgesetzt worden, als er vom Stuhl fiel und todt liegen blieb. In den Taschen des Verstorbenen fand die Polizei etwa 700 M. bares Geld und eine große Anzahl von Wertpapieren, so daß er sein Vermögen anscheinend bei sich getragen hat.

Die Kriminalpolizei sucht den Eigenthümer eines Korbes, der einen lebenden Hahn mit drei Hühnern enthält, sowie die Person, der in der Nacht vom 24. zum 25. April auf dem Dönböschplatz ein Portemonnaie mit Geld gestohlen worden ist. Der Korb mit den Hühnern ist vor etwa vier Wochen zwei alten Dieben abgenommen worden.

Eine empörende Szene trug sich am Sonntag in der Rüderdorferstraße zu. Bei dem daselbst Nr. 40 wohnenden Schlächtermeister Tag wollte ein Gefelle, der dort zu arbeiten aufgehört hatte, mit seinem Koffer das Haus verlassen. Der Meister stellte sich jedoch dem schwächeren Mann in den Weg, bearbeitete ihn mit den Fäusten und drückte ihn gegen die Laden-

schleibe, so daß diese in Scherben ging. Dann wurde der Gefelle in den Keller hinabgestoßen und dort eingesperrt gehalten. Das Publikum, welches nicht über Lust zeigte, an dem Schlichtermeister Dandjuschig zu über, versuchte vergeblich den Gefellen zu befreien, da daß nach der Straße zu gelegene Fenster mit Eisenstangen und Gitterwerk versehen war. Schließlich wurde aus dem 65. Polizeirevier ein Schutzmann herbeigeholt, welcher den Gefellen aus seiner Gefangenschaft befreite. Der Meister wird seine Handlungsweise übrigens vor Gericht zu verantworten haben, da der Mißhandelte ihn der Staatsanwaltschaft angezeigt hat.

Ein Zittschkeits-Verbrechen wurde am Montag Abend um 9 Uhr an dem Pflegekind des Glasers Scholz, Wrangelstr. 82, auszuführen versucht, als dasselbe auf einer Bestellung nach der Pädlerstr. 82 aufgeschickt war. Auf dem Flur dieses Hauses versuchte ein Mann von kleiner Statur mit schwarzem Vollbart das Kind an sich zu locken, um es für seine Zwecke zu mißbrauchen. Als es dem ängstlich gewordenen Mädchen jedoch gelungen war, sich dem Unhold zu entwinden, versetzte ihm dieser einen Schlag ins Gesicht und entfernte sich darauf. Leider konnte die Person des Unmenschen nicht festgestellt werden.

Eine aus fünf Personen bestehende Diebes- und Heflerbande ist in dem Vorort Weidensee dingfest gemacht worden. Die Diebe hatten besonders Hamburger Geschäfte geplündert.

Ein unbekannter Tresfnigger wurde am Sonntag in dem Hausflur Prenzlauerstr. 89 fast entleert und aus Hausbewohnern aufgefunden und auf Veranlassung der Polizei nach der Neuen Charitee überführt.

Die neue Schleuse am Mühlendamm wurde gestern zum ersten Mal ihrer Bestimmung gemäß benutzt. Allerdings kann die Schleuse für den allgemeinen Schiffsverkehr nicht eher freigegeben werden, als bis die Baggerarbeiten zur Tiefenerlegung des Spreetbasses beendet sind; gegenwärtig werden auch nur solche Rähne durchgeschleust, die Baumaterialien für die Umbauten am Mühlendamm heranbringen. Es soll sich übrigens gestern schon herausgestellt haben, daß der Fahrdamm des Mühlendamms doch nicht hoch genug angelegt ist, so daß Rähne, die hoch über Bord ragende Ladungen haben, unter der Brücke nicht hindurch können.

Die alljährlich, kommen die Personen-Sonderzüge von Berlin nach Eberswalde, Freienwalde a. O. und Chorin am 11. b. M. und sobald bis auf weiteres an jedem Sonntag zur Abfahrszeit. Abfahrt von Berlin, Stettiner Bahnhof, 7 Uhr 15 Min., 8 Uhr 40 Min. und 9 Uhr 15 Min. Vormittags, Rückfahrt von Freienwalde a. O. 7 Uhr 30 Min. und 9 Uhr 35 Min. Abends. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt nach Biesenthal und Eberswalde 2 M. in II. und 1,50 M. in III. Klasse, nach Freienwalde a. O. 2,50 M. bzw. 2 M., nach Chorin 2,80 M., bzw. 2 M. Alles Nähere wird jedesmal durch Säulenanschlag bekannt gemacht.

Mitleid und Familiensinn unter den Sperlingen. Vor etwa zehn Tagen fielen zwei junge noch ganz unbeholfene Sperlinge aus einem Nest auf den Bürgersteig der Alten Jakobstraße hinunter, ohne hierbei besonderen Schaden zu nehmen. Eine Wäscherin, Frau G., die ein Kellerlokal in dem Hause Alte Jakobstraße 2 bewohnt, erbarmte sich der beiden Thierchen und brachte sie in einem Käftig unter, den sie auf das Fensterbrett stellte. Obwohl sie nun die Finglinge reichlich mit jeder nur irgendwie zweckdienlichen Speise versorgte, wären dieselben, da bei ihrer Ernährung die elterlichen Schnäbel, welche die Nahrung in den Schlund der Sperlingskuglinge befördern, eine sehr wesentliche Rolle spielen, vielleicht doch nicht durchgekommen, wenn nicht ein Sperling, von dem Frau G. annimmt, daß es die Mutter der Thierchen sei, sich mit wahrer Todesverachtung, unbedünnt um die dort stets zahlreichen Passanten, die oft gruppenweise die mit Offengittern versehenen Fenster umstanden, zwischen den Stäben des Gitters in den Keller geflogen wäre und den Thierchen durch die Lücken des Käfigs hindurch in der naturgemäßen Art Nahrung gereicht hätte. Auch andere offenbar gar nicht zur Familie gehörige Sperlinge beteiligten sich in Abwesenheit der erwähnten „Frau Mama“ an dem Liebeswerke. Gegenüber der Frau G. bewiesen sich die alten wie die jungen gesiedelten Gäste äußerst zahm, zutraulich und dankbar.

Polizeibericht. Am 8. d. M. Nachmittags wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung, in der Wollinerstraße, und ein anderer in seiner Wohnung, in der Reimindendorferstraße, erhängt vorgefunden. — In der chemischen Waschanstalt von Puhay, Zimmerstraße 99, fand eine Benzin-Explosion statt, wodurch der Geschäftsinhaber, seine Frau, seine Nichte und das Dienstmädchen schwer verletzt wurden, letztere verstarb bald darauf. Puhay und seine Nichte wurden nach der Antioxiastationsklinik gebracht. — In der Nacht zum 9. d. M. versuchte ein Barbier in den Parkanlagen vor dem ehemaligen Franziskaner Thor seinem Leben durch einen Revolvererschuss in die Brust ein Ende zu machen. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag

Ein 15-jähriger Knabe, der Lausburger Albert Baumgarten, stand gestern wegen Mißhandlung, die den Tod eines Menschen zur Folge hatte, vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Am Nachmittage des 28. September v. J. saßen mehrere Kinder, darunter auch der 18-jährige Knabe Willy Henke, auf dem Vorprung eines Schaufensters in der Dragonerstraße. Der Angeklagte kam hinzu und verlangte vom Knaben Henke, daß derselbe ihm seinen Platz einzunehmen solle. Als Henke sich weigerte, versetzte Baumgarten ihm mehrere Faustschläge. Der Mißhandelte entfernte sich weinend mit dem Bemerkten, daß er sich bei seinem Vater beschweren werde. Der Angeklagte folgte ihm auf den Flur, mißhandelte ihn aufs neue und ließ ihn mehrmals mit dem Fuße gegen den Unterleib. Der Gemißhandelte vermochte kaum, sich in die Wohnung der Eltern zu schleppen. Als er den Vorfall mitgeteilt, eilte sein Vater auf die Straße, ergriff den Uebelthäter, schüttelte ihn und gab ihm einen Stoß, daß er zu Boden fiel. Der Angeklagte brach bei dieser Gelegenheit einen Arm. Der Knabe Henke mußte sofort in ärztliche Behandlung. Er ist nach 14 Tagen verstorben. Erst nach seiner Beerdigung wurde der Verdacht laut, daß der Knabe in Folge der Fußtritte, die er von dem Angeklagten erhalten hatte, verstorben war. Die Leiche wurde wieder ausgegraben und von dem Gerichtsarzt, Medizinalrath Long und Sanitätsrath Dr. Mittenzweig obduziert. Die Sachverständigen gaben im gegnerischen Termine ihr Gutachten dahin ab, daß der Knabe an Blutergeräten im Magen gestorben sei, die auf Stoß oder Druck zurückzuführen seien. Der Angeklagte leugnete, wurde aber durch die Beweisaufnahme überführt. Einige Zeugen behaupteten auch, daß der Angeklagte bei früheren Streitigkeiten mit anderen Knaben ebenfalls Fußtritte ausgeübt habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten zwei Jahre Gefängnis, während der Vertheidiger, Rechtsanwalt Sahm, unter Hervorhebung aller Milderungsgründe den Gerichtshof bat, nur auf einen Verweis zu erkennen. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis.

Wegen fahrlässigen Entweichenlassens eines Gefangenen wurden gestern die Gefangenewärter Strunke und Jersch vom hiesigen Untersuchungsgefängnis vor der VII. Strafkammer

zur Verantwortung gezogen. Der Aufseher Strunke hatte am 30. September v. J. die Aufsicht in der Waschküche zu führen, in welcher mehrere Personen, darunter auch der Gefangene Frißke, als Wäscher beschäftigt waren. Kurz vor der Abendmahlzeit ließ der Aufseher die Gefangenen abtreten und achtete nicht darauf, daß eine von der Waschküche nach der Kochküche führende Thür nicht verschlossen war. Frißke benutzte einen günstigen Augenblick, um durch diese Thür zu entweichen. Er gelangte von der Kochküche in den Kartoffelkeller und ließ sich hier einschließen. Ein mit einem Vorleseschloß versehenes Fenster hatte er bald geöffnet und durch dasselbe gelangte er ins Freie. Er hat sich seiner Freiheit nicht lange erfreuen können, denn er wurde bald wieder eingekerkert und ins Gefängnis zurückgebracht. Der Gerichtshof erachtete nur bei Strunke eine unbedeutende Fahrlässigkeit als vorliegend und verurtheilte diesen zu 5 M. Geldbuße. Der zweite Angeklagte wurde freigesprochen.

Die Ehefrau des sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten Kunert, Marie Luise, geb. Bombe, hatte gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen. Sie war beschuldigt, durch die von ihr verachtete Broschüre, betitelt „Soziale Bedrücke“, verschiedene Bevölkerungsklassen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewaltthätigkeiten gegen einander aufgereizt zu haben. Die Angeklagte bestritt zunächst, daß der Inhalt der Broschüre aufreizender Natur sei, er sei nur darauf berechnet, die Zusammengehörigkeit der arbeitenden Klassen zu fördern und zu befestigen. Die einzelnen Kapitel der Broschüre seien auch bereits vorher in der sozialistischen Presse veröffentlicht worden, ohne daß die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten Veranlassung genommen. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Freudenthal, erhob ferner den Einwand der Unzuständigkeit des Berliner Gerichtshofes, da die Broschüre in Halle erschienen und ohne Zutun der Angeklagten in Berlin verbreitet worden sei. In Betreff des letzteren Punktes beschloß der Gerichtshof eine eingehendere Weisungsaufnahme und vertagte zu diesem Zwecke die Verhandlung.

Soziale Uebersicht.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Genossen und Genossinnen! Durch unsere tiefstaurige Lage, die durch fortgesetzte Lohnreduzierungen noch verschlimmert worden ist, sind wir zum Ausbeuten, zum Streik, getrieben worden. Wer die elende Lage der in der Filzschuh-Branche beschäftigten Personen kannte, wird unser Vorgehen nur gut heißen können. Wir haben nur wenige Monate im Jahre Arbeit, immer größer wird die Zahl der Gefangenen, welche den Unternehmern in unserer Branche, vom fürsorglichen Staat für wenige Pfennige täglich zur Verfügung gestellt werden. Der Streik soll daher zur gleichen Zeit ein warnendes Menetekel und ein scharfer Protest nach oben hin sein. Gestern ist uns der Streik vom Fabrikantentum aufgezwungen worden. Sie wollen nichts von ihrem Profit hergeben, mer was bewilligt, zahlt eben 1000 Mark Geldstrafe! Es ist aber doch schon ein Loch in dieser Kette, denn es haben verschiedene Fabrikanten die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Wir appellieren an alle arbeiterfreundlichen selbstständigen Gewerbetreibenden, ihre Waare von solchen Fabrikanten zu nehmen, die wir bekannt geben werden. Bisher haben Müller, Schützweg, Woll u. Jacobi und Ganger die Forderung der Arbeiter bewilligt. Alle anderen treten uns entgegen. Wir bitten uns in unserem gerechten Protest und Kampfe gegen das Kapital zu unterstützen. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe.

Alle Zuschriften und Sendungen sind an Carl Wüner, Elisabeth-Str. 20, Hof 1 Trepp, zu richten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Filzschuh-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.

Achtung, Mechaniker!

Der Streik bei der Firma Gross u. Graf, Luisen-Str. 44, dauert unverändert fort. Trage also ein jeder dafür Sorge, daß niemand in die Fabrik Arbeit nimmt. Gleichzeitig werden die Kollegen auf die am heutigen Tage, Abends 8 1/2 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht. Dort soll weiter über den Streik beschlossen werden, und ist zahlreiches Erscheinen deshalb unbedingt notwendig. Der Vertrauensmann.

An die Bilderrahmenmacher Berlins und Umgegend. Kollegen! Unser am 16. März hierorts gegründetes Hochverein erhebt sich eines schnellen Wachstums. Aus allen größeren Werkstätten Berlins sind die Arbeiter zumeist vollzählig in demselben vertreten, so daß es bereits möglich war, einen Arbeitsnachweis, der für die Organisation von großem Vortheil sein wird, zu errichten. Dieser Arbeitsnachweis befindet sich Wasserthorstraße 6 bei Puhay und ist Sonntags von 11-12 Uhr, sowie Montags, Dienstags, Mittwochs und Sonnabends Abends von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr geöffnet. Abreisen werden übrigens jederzeit entgegen genommen. Auch ist beschlossen worden, eine Werkstatt-Enquete zu veranstalten. Die verständlich abgefaßten Fragebogen nehmen Bezug auf die Lohnfrage, die Arbeitszeit, die Art des Betriebes, die Ausdehnung der Frauenarbeit, sowie auf die sanitären Zustände in den Werkstätten. Aus alledem ergibt sich klar der Werth der Organisation. Gehören nun auch die in den Werkstätten arbeitenden Kollegen meistens dem Verein an, so ist es aber auch erforderlich, daß die zu Hause arbeitenden sich demselben anschließen, nur dann erst können wir unsere Lage ausbessern und der drückenden Schleuder Konkurrenz entgegenreten. Ausnahmen neuer Mitglieder finden in den Vereinsversammlungen statt, welche Dienstags nach dem 1. und 15. im Monat abgehalten werden. Das Versammlungslokal befindet sich Prinzenstraße 106 bei Radom. Auch auf dem Arbeitsnachweis können sich Kollegen einzeichnen lassen. Bleibe niemand der Organisation fern! Mit Gruß

Joß. Brandes.

In Barmen streiken die Riemendrehler von sieben Fabriken. Sie fordern: Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages, Wegfall der Ueberstunden sowie der Nacht- und Akkordarbeit, 15 pCt. Lohnerhöhung, Abschaffung der Prämien-gelder.

In Roubatz streiken die Färber und Appretierer. Krankenkassenwesen. Das Reichskanzleramt hat folgenden Rassen die Versicherung ertheilt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen: 1. der Kranken- und Begräbnis-lasse des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands (E. D.) in Leipzig; 2. der Unterhaltungs-lasse des Leipziger Zieglervereins für Rudenhausen und Umgegend (E. D.); 3. der Krankenkasse des Kaufmännischen Vereins in Ulm (E. D.) zu Ulm.

Wie leichtsinnig manche Unternehmer mit der Gesundheit der Arbeiter umspringen, ergibt sich wieder einmal handgreiflich aus einer Notiz des Brünner Volksfreunds, worin der Olmüher Gewerbe-Inspektor um sein Einschreiten in folgender Angelegenheit ersucht wird. In der Walzfabrik der Gebrüder Kubella in Kloster-Grabisch bei Olmütz wird das Malz auf den Darren geschweift. Die Darroarbeiter sind, wenn sie das geschweifte Malz einmenden müssen, der schwefeligen Säure ausgesetzt, müssen sie einathmen und leiden dabei an ihrer Gesundheit in hohem Grade. Es stellen sich Schwindel, Erbrechen, Husten u. dgl. ein, auch ist nicht ausgeschlossen, daß der Arbeiter erblinden kann. Das Schwefeln des Malzes soll gar nicht notwendig sein.

Dem Sohne des Arbeiters sind die Pforten der Hochschule verschlossen, weil dieser die Mittel und die Konnexionen nicht hat, um die Kosten des Studiums bestreiten zu können; die paar Stipendien, die wohl meist noch unter Formalitäten erlangen und behauptet werden müssen, die den Charakter des jungen Mannes vollständig verderben können, indem sie ihn zu einem de- und wehmüthigen Werkzeug der herrschenden Klassen systematisch zu präparieren versuchen. Können hieran absolut nichts ändern, soweit die Allgemeinheit der fähigen Köpfe in Betracht kommt, die unter den nach Abermillionen zählenden Kindern der Arbeiterklassen naturgemäß weit zahlreicher vertreten sein müssen, als unter den paar Hunderttausenden der Besitzenden oder Bessersituirten; Professor Conrad in Halle hat eine Statistik über die Frage ausgemacht, aus welchen Berufen sich die studentische Jugend rekrutirt. Diese Statistik ist gerade für die Arbeiterschaft von hohem Interesse, weil diese die einzige Bevölkerungsklasse ist, die für die Unentgeltlichkeit des gesammten Unterrichts mit Entschiedenheit eintritt. Nach den Conrad'schen Ermittlungen, die wir in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ im Auszuge fanden, studirten in Preußen während der Zeit vom Wintersemester 1887/88 bis Sommersemester 1890 inklusive auf preussischen Universitäten insgesamt 12 709 reichsungehörige Studenten. Davon hatten die meisten, nämlich 2198, Kaufleute zu Vätern und die nächstmeisten, 1991, Industrielle und Handwerker. Des weiteren vertheilte sich der Beruf der Väter in folgender Weise: 1849 waren Beamte ohne akademische Bildung, 1618 selbständige Landwirthe, 1099 Lehrer ohne akademische Bildung, 890 Geistliche, 888 Staats- und Kommunalbeamte, Anwälte mit akademischer Bildung, 471 Metzger, 416 Lehrer mit akademischer Bildung, 351 Rentiers, 263 große Gutsbesitzer, 218 Gastwirthe, 185 Apotheker, 127 Offiziere u. Bei den evangelischen Theologen ergriffen fast 20 pCt. den Beruf der Väter, 59 pCt. der Söhne von Geistlichen, welche sich der Universität zuwandten, studirten Theologie. Dagegen kamen aus anderen höheren Beamtenkreisen nur etwa 6 pCt. Theologen, über ein Drittel dagegen von Beamten und Lehrern ohne akademische Bildung, Bauern lieferten etwa 14 pCt., Handwerker und Industrielle 13 pCt. Von den lutherischen Theologen stammten 29 pCt. von Bauern und ebenso viel von Beamten und Lehrern niederen Grades, 22,6 pCt. von Handwerkern und Industriellen. Bei den Juristen waren 18,5 pCt. Söhne höherer Beamten, und fast die Hälfte aller Söhne dieser Kategorie auf der Universität befinden sich in der juristischen Fakultät. Im ganzen waren es 29 pCt., welche akademisch gebildete Väter hatten, an Subalternbeamten und Volksschullehrern fanden sich hier 11 pCt., Bauernsöhne waren mit 9,5 pCt., die größeren Gutsbesitzer mit 8 pCt. vertreten, die letzteren zeigten die größte Neigung für dieses Studium; doch stammten auch etwa 18,5 pCt. von Kaufleuten. Die Söhne der Metzger folgten mit Vorliebe dem Berufe ihrer Väter (55,2 pCt.), doch stellten sie nur etwa 7,5 pCt. der Medizin-studierenden. Aus akademisch gebildeten Kreisen kamen zu diesem Studium etwa 20 pCt., ebenso viel von kleineren Beamten und Lehrern, Kaufleuten, Handwerker und Industrielle lieferten ungefähr 38 pCt. Derselbe Prozentsatz stieß aus dieser Kategorie der philosophischen Fakultät zu, dagegen nur 13 pCt. von akademisch gebildeten Vätern; die kleineren Beamten und Lehrer stellten 23,5 pCt.

Jedenfalls ergibt dieser Auszug die Richtigkeit der sozialdemokratischen Anschauung, daß das Unterrichtswesen heutzutage weiter nichts als eine Klassenrichtung ist, weil Geld dazu gehört, den Unterricht zu besuchen, und Geld hat der Arbeiter nicht. Der Fleiß und die guten Anlagen thun es nicht allein. Ohne genügende Gelegenheit zum gründlichen Studium zu haben, wie sie dem Stande der heutigen, vielverzweigten, mit allen möglichen kostspieligen Hilfsmitteln arbeitenden Wissenschaft nach eben nur die Hochschulen bieten, — ohne solche Gelegenheit verflümmern die fähigsten Köpfe des Proletariats, während der dümmste Sprößling des reichen Proleten trotz seiner Beschränktheit in der Regel immer noch eine mehr oder weniger einflußreiche Stellung zu erringen vermag, weil es ihm möglich ist, durch das aus den Knochen und dem Hirn der Arbeiter ausgepreßte Geld seines Papas sich die Durchschnittsbildung zu erwerben, die zu einem solchen Posten nöthig ist.

Invalitäts- und Altersversicherung. Die als Beilage zu Nummer 9 der „Antiklinal Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts“ erscheinende Sonderausgabe für Invalitäts- und Altersversicherung enthält folgende Revisionsentwürfe: Die Frage der Versicherungspflicht der Personen, welche Bauarbeiten bei wechselnden Arbeitgebern, namentlich auf dem Lande, ohne Zuzugung von Gehilfen fertigen, ist stets nach dem im einzelnen obwaltenden Umständen zu beantworten. Da, wo die Uebernahme größerer, eine längere Zeit erfordernder Bauten, zu deren Herstellung es eines höheren Maßes technischer Fertigkeiten und deshalb auch einer handwerksmäßigen Vorbildung bedarf, in Betracht kommt, wird die Ausübung eines der Versicherungspflicht aus-schließenden selbständigen Gewerbes angenommen werden können; andererseits ist ein versicherungspflichtiges Lohnarbeits-Verhältnis stets dann für vorliegend zu erachten, wenn es sich nur um Verfertigung geringfügiger Reparaturarbeiten handelt, wie solche von dem ländlichen Bessler auch wohl selbst mit Hilfe seiner eigenen Leute vorgenommen oder doch wenigstens wiesam geleitet und beaufsichtigt zu werden pflegen. Auch kann ein Schluß auf die Selbständigkeit oder Unselbständigkeit des betreffenden Beschäftigten daraus gezogen werden, welche soziale Stellung derselbe im übrigen einnimmt, und wie seine Bauhätigkeit vom Standpunkte der sonstigen Arbeiterverhältnisse, die der Steuer-gesetze und anderer öffentlich rechtlicher Bestimmungen beurtheilt wird.

In der Altersrentensache eines Rättners aus Schleswig-Holstein, welcher sich zugleich mit dem Decken von Strohdächern in den ländlichen Ortschaften beschäftigte, ist die Versicherungspflichtigkeit der Dachdeckerarbeiten als einer besonderen Art landwirthschaftlicher Tagelöhnerarbeiten angenommen worden.

Ein in eigener Werkstatt arbeitender Tischler, der während eines Theils des Sommers Maurerarbeiten übernahm, ist für nicht versicherungspflichtig erachtet worden.

Im allgemeinen und unbeschadet derjenigen Ausnahmefälle, deren eigenartige Verhältnisse eine abweichende Beurtheilung erheischen, ist davon auszugehen, daß Haus-schneider, auch wenn sie sich vorwiegend mit Flickarbeiten beschäftigen und hauptsächlich in den Häusern ihrer Kunden arbeiten, nicht als Arbeiter im Sinne des Invalitäts- und Altersversicherungsgesetzes, sondern als selbständige Gewerbetreibende zu behandeln sind.

Endlich wird ein Urtheil des königlich preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 8. März 1898 mitgetheilt, durch welches der Anspruch eines Beamten einer Invalitäts- und Altersversicherung-Anstalt — derselbe gehörte deren Vorstand an, noch war er Beamter der Provinz, für deren Bezirk die Versicherungsanstalt errichtet ist — auf die Rechtswohlthat des preussischen Gesetzes vom 11. Juli 1822, betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeindefällen (Gesetz-Samm. S. 184) als un begründet zurückgewiesen und die Eigenschaft dieses Beamten als eines mittelbaren Staatsbeamten verneint worden ist.

